

Volksblatt

Das Volksblatt erscheint mit täglichen Beilagen. Inhalt: Beilagen, „Andererwerb“ (sonst „Volk u. Welt“), unverlangt eingehenden Manuskripten ist kein Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt“ ist das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Sara 4244, Hauptgebäude 2 Treppen, Fernsprech-Anschluß 24 607. Preis: 10 Pfennig. Postamtserlaubnis mitteln von 12 bis 1187.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt ab. v. Postamt zugestellt 2,40 Mk. bei direkter Einzahlung an den Betrag 2,00 Mk. Einzugspreis 12 Pf. im Anzeiger- und 60 Pf. im Reklameteile. 2. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Sara 4244, Fernruf 24 606. — 3. Belegstelle: Dr. Ulrichstraße 27 — Postfachkonto 20819 Erlau

Das nervöse Rußland.

Folgen diplomatischer Mißerfolge, des Moskauer irreführenden Propagandageheimnisses der Sektionen der kommunistischen Internationale und der unsachlichen, gereizten Notenpolitik der Sowjetregierung.

Von Reichstagsabgeordneten Rudolf Breitscheid.

Es ist einigermaßen merkwürdig, daß der russische Volkskommissar des auswärtigen Angelegenheiten, der durch seine unglücklichen Auswärtigen Angelegenheiten gerade immer dann einen Besuch abstattet, wenn dieser im Begriff steht, an einer Sitzung des Völkerbundes oder des Völkerbundrates teilzunehmen. Es kann dadurch der Eindruck erweckt werden, als ob die Sowjetregierung den Wunsch habe, die Stellungnahme der deutschen Delegation in Genf zu beeinflussen oder auch die Welt daran zu erinnern, daß durch unsere Ausgesandtheit zum Völkerbund gewisse vertagungsabhängige Bindungen an Rußland nicht aufgehoben sind. Ob das die Absicht des Herrn Tschitscherin ist oder nicht, mag dahingestellt bleiben, wir haben jedenfalls keinen Anlaß, uns durch seine Wittern ergebnisse belästigt oder belästigt zu fühlen, und ist auch die Werbung eines böhschen Vates, nach der Streifmann seinem Gast Vorhaltungen über den ungünstigen Zeitpunkt seines Kommens gemacht hätte, zweifellos falsch. Unsere Situation ist klar: Deutschland hat sich zur lokalen Mitarbeit im Völkerbund verpflichtet, und das gegenwärtige Kabinett hat das bei seinem Amtsantritt ausdrücklich bekräftigt, aber es fällt auch an den zu Kapelle und Berlin abgeschlossenen Freundschaftsverträgen mit Rußland. Die Abmachungen widersprechen einander nicht, und sie werden durch die Beziehungen, in denen die Sowjetrepublik zu anderen Staaten steht, nicht berührt.

Die Moskauer Regierung ist augenblicklich eher denn hochgemut, sie ist im Gegenteil niedergeschlagen, ängstlich und nervös. Darüber kann auch der Ton ihrer nach London und nach Warschau gerichteten Noten nicht hinwegtäuschen. Ihre Politik hat in der jüngsten Vergangenheit eine Reihe von Niederlagen und Niederlagen erlitten. Erst die Anerkennung der räumlichen Annexionen in Ostasien durch Italien, dann der schwere Mißerfolg in China, und schließlich der Abbruch der Beziehungen mit England. Das ist ein wenig viel auf einmal, und wenn auch das russische Außenministerium in seinen amtlichen Verlautbarungen so tut, als ob es durch alles das wenig berührt werde, aber als ob am Ende gar alle diese Geschehnisse die Stellung Rußlands in der Welt stützten, so lassen sich die Verlegenheiten doch nicht verbergen.

Die unzufriedenen Kundgebungen klingen gemacht, und es legt aus ihnen die Frage hervor. Die Unterbrechungen des englischen Handels kann man schließlich ertragen, aber wie wird es mit den so bringen erforderlichen Krediten werden? Man hat Frankreich auf dem Gebiet der Vortriebsarbeiten weitgehende Zugeständnisse gemacht, um sich Anleihen zu sichern, indessen bleibt es fraglich, ob diese Konzessionen genügen werden, und ob Paris nicht schließlich, um London gefällig zu sein, doch noch im letzten Augenblick zurücktritt, und es gibt noch Schimmer als Kreditbewerber und wirtschaftlicher Vorkämpfer. Rußland hat Angst vor einem Krieg. Es glaubt wohl nicht an einen direkten britischen Angriff, aber es zittert vor der Möglichkeit, daß sich etwa Polen als Werkzeug Englands gebrauchen lasse, daß Frankreich an die Seite Polens treten werde, und daß sich dann Deutschland zum Aufmarschgebiet der Westmächte hergeben müsse.

Spekulation und Kombination liegen in der Natur der Russen, und so kommen sie zu allerlei mehr oder weniger genagten Vermutungen. Die Ungünstigkeit ihrer diplomatischen Verbindungen läßt sie die Dinge vielfach nur durch einen Schleier sehen, das würde, in der Hauptsache von innenpolitischen Absichten diktierte Launegeschrei der kommunistischen Parteien in den verschiedenen Ländern führt sie in die Irre, und so geraten sie in einen Zustand der Resignation, in dem sie am weitestgehenden finstere Pläne glauben und alles, was sich ereignet, auf einen einsichtigen Verräter zu bringen suchen. Parallell dazu tragen die Absichten von Wladimir Lenin und Leningrad nicht zur Beruhigung bei. Vielleicht ist es richtig, daß die russischen Monarchisten und andere Gegner des Bolschewismus aus der schwierigen außenpolitischen Situation des Sowjetstaates Mut zu neuen Aktionen geschöpft haben, aber die russischen Machtkaber sehen mehr in diesen Anschlägen, sie halten sie für Verleumdung, sie zu einem Krieg zu provozieren, und einen Krieg fürchten sie — heute mehr als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt.

So bitten wir den Besuch Tschitscherins wohl auch dahin auslegen, daß der Volkskommissar sich Veruhigung holen wollte. Es wird ihm ohne Zweifel, zum mindesten was Deutschland angeht, gegeben werden sein. Deutschland denkt nicht daran, sich in irgendeinem Unternehmen gegen die Sowjetunion so ob so einspannen zu lassen. Es wird sich nicht auf die russische Seite schlagen — das Lehnen jetzt mit bemerkenswerter Deutlichkeit selbst solche Redakteure ab, die lange genug mit der Idee eines engeren Einvernehmens mit Rußland getriebelt haben —, aber es wird auch jede Mitwirkung an einem Streik gegen die Moskauer Regierung. Selbst wenn, was nicht der Fall ist, seine Regierung dazu bereit wäre, so würden seine Arbeiter ihr in die Arme fallen.

Doch darüber hinaus: wir glauben auch nicht an

irrigere Absichten der anderen. Für die Politik des britischen Kabinetts ist der Abbruch der Beziehungen schon Belastungsprobe genug. Frankreich erndet nicht den Anschein, als ob es sich in das Schlepptau der Diehards nehmen lassen wolle, und Polen hat genug mit seinen inneren Angelegenheiten, nicht zuletzt mit seinen Nationalitätenproblemen zu tun, als daß es einen Aufmarschwagen möchte. Wenn der Sowjetstaat mit seinen inneren Schwierigkeiten fertig werden kann — die äußere Gefahr ist gering, und vergrößert werden könnte sie nur durch Fehler der Sowjetregierung selbst.

Vielleicht hat man auch das dem Volkskommissar in Baden-Baden und in Berlin gesagt. Jedenfalls wäre es gut, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß es zweckmäßig sein würde, wenn die Moskauer amtlichen Stellen sowohl wie die Kommunisten und die kommunistischen Parteien in der Behandlung der internationalen Fragen mehr Sachlichkeit walten ließen.

Aber leider denkt man in Moskau und bei den von Moskau abhängigen immer in erster Linie agitatorisch. Man führt die Agitation, selbst wenn dadurch nichts weiter an der Tag gebracht wird als die eigene Propaganda. Die starken Worte berühren immer mehr ihren Eindruck, und phantastische Proklamationen nimmt man sich für die besten. Die russischen Revolutionen noch ernst. Das sollte auch ein Diplomat mit den Auslandsbeziehungen Lichtscheins einsehen.

Die polnische Antwortnote an Rußland

Zurückweisung gegenstandsloser Behauptungen.

Warschau, 10. Juni. (Wg. Drahberichter.)

Der polnische Gesandte in Moskau, Kotel, hat der russischen Regierung am Donnerstag die polnische Antwort auf die jüngste Note des russischen Außenministeriums überreicht. Die Note weist in ruhiger und beständiger Weise die russischen Behauptungen zurück, nach denen Polen an dem Vorhaben des russischen

Gesandten mitverantwortlich gemacht wird. Ein Zusammenstoß zwischen den Vorfällen in China und dem Vorhaben in Warschau, den die russische Note konstruiert, könne bei genauerer Prüfung des Sachverhalts nicht erbildet werden, ebenso sei auch die russische Forderung, die Polen ungenügende Sicherheitsmaßnahmen für den Gesandten vorwirft, nicht zurecht, da Polen dem Gesandten einen besonders Schutz zur Verfügung gestellt hat, der von dem Gesandten jedoch zurückgelassen worden sei. Zahlreiche Dienstfahrten des Gesandten innerhalb Polens seien stets ohne Genehmigung der Sicherheitsbehörden erfolgt und auch von der Direktion des Londoner russischen Geschäftsträgers Molokow seien die Behörden nicht unterrichtet worden. Nebenfalls sei es auch falsch, wenn in der russischen Note der Empfehlung Ausdruck gegeben werde, Polen lasse der russischen Emigration einen besonders Schutz anbieten. Polen wolle lediglich das Mindeste tun und werde keine gegen Rußland gerichtete Aktion innerhalb des polnischen Staats zulassen.

Falls die Familie des ermordeten Gesandten Entschädigungsansprüche stellen würde, sei Polen bereit, eventuelle Korrekturen zu prüfen und jede Genugtuung zu verbriefen.

Auch am Donnerstag sind in verschiedenen Wohnvierteln Polens zahlreiche Verhandlungen mit Mitgliedern russischer, monarchistischer Emigrantenkreise vorgenommen worden.

Die französische Regierung rät zur Mäßigung.

Paris, 10. Juni. (Radiotelegramm.)

Wie die Pariser Presse so melden weiß, ist die französische Regierung in Moskau vorstellig geworden und hat zur Mäßigung gegenüber Polen geraten. Der russische Geschäftsträger hat dabei vor allem den Auftrag gehabt, die Sowjetregierung wissen zu lassen, daß Polen wegen der Ermordung des Gesandten nicht verantwortlich gemacht werden und Rußland keine übertriebenen Forderungen stellen könne.

Zur Genf zu.

Stresemann will die im März angekündigte Forderung der vollständigen Rheinlandräumung in der kommenden Sitzung nicht erheben.

Die Rheinland-Räumung von deutsch-polnischer Verständigung abhängig?

Eine französische Meinung zur Korridor-Frage.

Dresden, 10. Juni. (Radiotelegramm.)

Die „Dresdener Neueste Nachrichten“ veröffentlichen eine Erklärung, die der französische Senator Vemery, der Poinecaré nachsieht, dem Pariser Vertreter des Vates über die Disprobleme gegeben hat. Der französische Politiker bescheinigt es demnach als nicht möglich, die besten Schichten des französischen Volkes für eine vorzeitige Jurisdiktion der Weichselarmee zu gewinnen, wenn nicht vorher in Osteuropa dieselbe Stabilität der Verhältnisse erreicht worden sei, wie sie der Locarno-Vertrag im Westen geschaffen habe. Eine beschleunigte, so sofortige Räumung des besetzten Gebietes sei möglich, wenn ein für Deutschland und Polen tragbarer Modus geschaffen wird, um die unzulässigen und rechtlichen Souveränität an der Ostgrenze schwer beeinträchtigenden Verhältnisse zu beilegen. Der Korridor in seiner heutigen Gestalt sei ein Friedenshindernis. Die obersteinstelle Frage müsse geregelt werden. Auch die Absichten wegen des Danziger Freistates müßten ein Ende finden. Es müßte eine wirksame deutsch-polnische Verständigung vor sich geben, die in einem Garantievertrag ihren Ausdruck zu finden hätte. Die Lösung der Korridorfrage bedeutete der Senator als am schwierigsten. Er würde jeden Vorschlag begrüßen, der einen Weg zum Ausbruch der Krise liefere. Er würde die Verständigung zwischen Polen und Deutschland möglich sei, so lange als Voraussetzung, daß der Versailles-Vertrag hinsichtlich seiner osteuropäischen Bestimmungen einer Revision unterzogen wird.

Zu diesen Erklärungen des französischen Politikers schreibt der „Dresdener“: „Wir sind überzeugt, daß eine deutsch-polnische Verständigung über alle Disprobleme möglich ist. Die überwiegende Mehrheit in beiden Ländern wünscht sie. Aber selbst

der kühnste Optimist wird zugeben müssen, daß eine solche endgültige Lösung erst nach vielen Monaten, wenn nicht sogar Jahren erreicht werden könnte. Soll die Räumungsfrage so lange in der Schwebe bleiben? Deutschland hat nach unserer Überzeugung, die auch die Lebensgenug der französischen und der nachgebenden polnischen Sozialisten ist, das moralische Recht auf Räumung als Folge des Meinenspatres von Locarno. Es hat auch den juristischen Anspruch auf Räumung. Die Räumung ist im ungenügenden Maße im Jahre 1925. Wenn dieser Versuch scheitert — und es wäre ja denkbar, daß er allein an Polens Haltung scheitert — dann würde die fortwährende Räumung bis zum Ende des Jahres 1935 ohne jeden Nutzen für Frankreich oder Polen lediglich die deutsch-französische Verständigung während acht weiterer kostbarer Jahre erschweren.“

Stresemann sucht Rückendeckung. Aussprache mit Weizsäcker / Genf und die Rheinlandfrage / Stresemanns Absichten.

Berlin, 10. Juni. (Radiotelegramm.)

Am Donnerstag hielt Reichsaussenminister Dr. Stresemann, wie man aus der Berliner Reichspresse erfährt, eine persönliche Aussprache mit dem Führer der Deutschen Nationalen, dem Grafen Weizsäcker. Von dem ursprünglichen Plan einer interaktionellen Vorlesung vor der Reichs- und Außenminister nach Genf habe man abgesehen. Dr. Stresemann bezeugte sich also damit, sich gegenüber den Deutschen Nationalen als Regierungspartei benütigen zu wollen für seinen Genfer Aufenthalt. Trotz der heftigen Angriffe, denen Stresemann und seine Politik in den letzten Wochen in der Presse der Deutschen Nationalen ausgesetzt war, wobei immer wieder die Forderung erwidert wurde, den Außenminister nur mit gebührender Würdigung nach Genf zu entsenden, hat ihm das Kabinett anscheinend in seiner Donnerstag-Sitzung auch für die kommenden Verhandlungen in Genf

Seine Andenken Anmerkungen mitzugeben, sondern von freier Hand gelassen.

Die die „Woffische Zeitung“ erklärt, müße man es jetzt für gewiß annehmen, daß Dr. Stresemann den offiziellen Schritt zur Vereidigung der vollständigen Rheinländer, den er im März in Genf angekündigt hat, im Juni noch nicht unternehmen werde.

Reichsjustizminister Dr. Stresemann wird auf seiner Reise nach Genf von Staatssekretär Dr. Schubert, Ministerialdirektor Dr. Gauß, dem Reichsgerichtspräsidenten Dr. Reuß, dem Reichsanwalt Dr. v. Hildebrand begleitet.

Keine Datierung der Reichspost

In einer Mitteilung der „Deutschen Zeitung“ über angebliche Datierung der Reichspost wird den Mäthern mitgeteilt, daß der Reichspostminister nicht davon beunruhigt ist, daß die Reparationskommission habe das gleiche erklärt.

Ihre Abrüstung.

Paris, 10. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die französische Kammer hat am Donnerstagmorgen die Aussprache über die geplante Heeresreform fortgesetzt. Der nationalpolitische Abgeordnete Fabry entwickelte einen Gegenorschlag, der im Gegensatz zur Regierungsvorlage vor allem den Ausbau des Grenzschutzes anstrebt.

Der neue Ministerialdirektor der Reichskanzlei.



Dr. Viktor von Sagenow, bisher Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium, wurde zum Ministerialdirektor in der Reichskanzlei ernannt.

Reichstagsanfang am 14. Juni.

Die Deutschnationale Zunft gegenüber dem Zentrum. Berlin, 10. Juni. (Radiomeilung.)

Der Reichstag nimmt nach der Pflanzpause am 14. Juni seine Sitzungen wieder auf. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung steht das Gesetz über die Revision der Reichsrechnung.

Gold- und Devisen-Bestand der Reichsbank.

Der Reichsbankausweis vom 7. Juni zeigt eine Abnahme der Goldbestände um 1000 Mrk.; dagegen haben sich die Bestände an bedienungsfähigen Devisen erhöht. Die Bilanz der Reichsbank am 7. Juni zeigt einen Goldbestand von 8,3 Milliarden Mark.

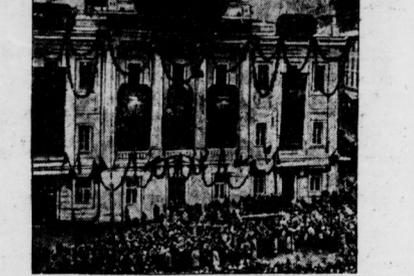
Faschinen-Verkauf auf einen französischen Güterzug.

Paris, 10. Juni. (Radiomeilung.)

Ein neuer italienisch-französischer Grenzfall hat sich in der Nähe von Ventimiglia ereignet. Nach Angabe des französischen Personals ist ein Güterzug auf der Strecke Nizza-Ventimiglia von einer Abteilung französischer Militär beschlagnahmt worden.

Das Mostauer Gewerkschaftshaus.

In dem die Leiche des ermordeten russischen Soldaten am Sonnabend aufgebahrt wird.



Siehe den Nächsten...

„Der wahre Mörder.“

Der protestantische Warrer Hell als Kläger.

Wünchen, 10. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Vor dem Amtsgericht München begann am Donnerstagmorgen ein Prozeß des protestantischen Warrers Hell als Beklagter gegen den katholischen Arbeiter Hell als Kläger.

angefordert, sondern Bismarck diese Bitte schon fertig mitgebracht habe. Der junge, sicherheitsbewusste Bismarck habe wiederholt und ergötzt seine im Münchener Schwurgerichtsprözeß gemachten Aussagen.

Wünchen, 10. Juni. (Radiomeilung.)

Der Verteidigungsprozeß des Warrers Hell dauerte am Donnerstag in die späten Abendstunden an, ohne zu Ende zu kommen. Es sprach zunächst Friedrich Wendel, der erklärte, daß es ihm gar nicht einfallen sei, den Warrer Hell persönlich zu beleidigen.

Festvorstellung im Stadttheater.

„Ais und Galatea“ von Handel.

Den Teilnehmern des Konzerts für Arbeit und Allgemeines „Ais und Galatea“ zu Ehren wurde gestern im Döllischen Stadttheater Handels „Ais und Galatea“ als Festvorstellung gegeben.

Die Vorträge des letzten Kongreßtages.

I. „Symbol in der Musik.“

Der dritte Tag des Kongresses für Arbeit und Allgemeines beschäftigte sich in allen seinen Vorträgen mit dem sehr schwierigen und noch kaum durchforschten „Symbol“ auf den verschiedensten Gebieten der Geisteswissenschaften.

Die Leistung der Chöre ist nicht zu beanstanden.

Die Chöre der Festvorstellung waren sehr gut.

Die Vorträge des letzten Kongreßtages.

I. „Symbol in der Musik.“

Der dritte Tag des Kongresses für Arbeit und Allgemeines beschäftigte sich in allen seinen Vorträgen mit dem sehr schwierigen und noch kaum durchforschten „Symbol“ auf den verschiedensten Gebieten der Geisteswissenschaften.

Die Leistung der Chöre ist nicht zu beanstanden.

Die Chöre der Festvorstellung waren sehr gut.

Die Vorträge des letzten Kongreßtages.

II. „Symbol in der Dichtung.“

Die Dichtung oder Poesie ist ein bestimmter magischer Willkür gebogen. Daher müssen alle Tendenzen und Ziele einer Dichtung alle in einer bestimmten Weise sich äußern.

SPD., Ortsverein Halle.

Parteilgenossinnen und Genossen!

Der Unterbezirk Merseburg-Querfurt feiert am nächsten Sonntag sein 25jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß veranstaltet der Unterbezirk am Sonnabend, den 11., und Sonntag, den 12. Juni, im Reuen Schützenhaus in Querfurt ein großes Parteifest.

Am Sonnabend, den 11. Juni, abends 8 Uhr, findet eine nachmittägliche Kundgebung statt, und am Sonntag, den 12. Juni, nachmittags 1 Uhr ein Demonstrationsumzug durch die Stadt.

Wir erlauben unsere Genossen sich recht zahlreich an dieser Veranstaltung zu beteiligen. Den Feinden der Republik muß durch einen imponierenden Aufmarsch gezeigt werden, daß ihre reaktionären Pläne an der Saftkraft und Gelassenheit der Sozialdemokratischen Partei scheitern.

Treffpunkt: Sonnabend 18 Uhr Hauptbahnhof (Mittelsaaleingang), Abfahrts 18.31 Uhr. — Sonntag 10 Uhr Hauptbahnhof (Mittelsaaleingang), Abfahrts 10.49 Uhr.

Genossen, die an der Sonntagveranstaltung teilnehmen, lösen Sonntagssolidaritätskarten (4 Mark für sich und zurück 70 Pf.), die schon von Sonnabendmorgens ab gelten.

Der Sekretariat, Reichstr.

Halle 1926

In der Bevölkerungsbewegung der preussischen Großstädte.

Die Stellung, die Halle während des letzten Jahres 1926 im Vergleich mit den anderen preussischen Großstädten in der Bevölkerungsbewegung einnimmt, läßt sich jetzt genauer bestimmen nach den ausführlich besprochenen Tabellen der preussischen Statistischen Landesbehörde (S. 14). Um die Entwicklung Halle in der Bevölkerungsbewegung zu kennzeichnen, fügen wir zum Vergleich die entsprechenden Zahlen des vorletzten Jahres 1925 und die des letzten Kriegsjahres 1913 bei.

In Geschätzungen kommen in Halle 9,19 auf das Tausend der mittleren Bevölkerung (gegen 9,20 im Jahre 1925 und gegen 8,18 im Jahre 1913). Der Durchschnittsziffer für alle 30 preussischen Großstädte beträgt 8,50. Halle steht bei den Geschätzungen an achtundzweiter Stelle der preussischen Großstädte.

Obstereine einschließliche Todesquoten zählt Halle 20,85 auf Tausend Bevölkerung (gegen 21,86 im Jahre 1925 und gegen 24,44 im Jahre 1913), während der preussische Durchschnitt hier sich auf 18,94 beläuft. Hier nimmt Halle den siebentendsten Platz in der Reihe der preussischen Großstädte ein.

Lebenserwartung der weiblichen Bevölkerung im Jahre 1913. Damit steht Halle an achtundzweiter Stelle der preussischen Großstädte, für die die Durchschnittsziffer der Lebenserwartung 18,21 ist.

Bei den Geborenen oder Todesgebotenen finden wir Halle an fünftendter Stelle der preussischen Großstädte mit 14,97 Geborenen auf Tausend Bevölkerung (gegen 14,82 im Jahre 1925 und gegen 17,06 im Jahre 1913). Der Durchschnitt für die preussischen Großstädte beträgt 11,19 Geborene.

Speziell in der Säuglingssterblichkeit, den Sterbefällen lebendgeborener Kinder im ersten Lebensjahr steht Halle mit 11,5 Geborenen auf 100 Lebendgeborenen (gegen 10,8 im Jahre 1925 und gegen 18,2 im Jahre 1913) an zwölftendter Stelle der Reihe der preussischen Großstädte. Im Durchschnitt aller 30 preussischen Großstädte haben wir 9,5 Sterbefälle auf 100 Lebendgeborene.

Der Geburtenüberschuss hat für die ganze Zukunft unter Vorbehalt zu wichtige Mehr an Geborenen als an Gestorbenen, beläuft sich in Halle auf 4,80 auf Tausend Bevölkerung (gegen 5,70 im Jahre 1925 und gegen 6,90 im Jahre 1913). Halle hat hier den neunzehnten Platz in der absteigenden Reihe der 30 preussischen Großstädte, auf die im Durchschnitt ein Geburtenüberschuss von 7,06 auf Tausend Bevölkerung kommt. —

Rapider Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Halle gehört zu den wenigen Großstädten, die auf eine betragsmäßig niedrige Zahl der Erwerbslosen blicken können. Selbst bei der schlimmsten Zeit der Welt 1932 kaum übersteigend, war im Verhältnis zu anderen Großstädten — besonders Berlin — gering war. Im Laufe des letzten Jahres haben sich die Verhältnisse immer mehr gebessert, nicht zuletzt durch die große Arbeitsnachhilfe des Vertriebes. In der letzten Zeit ist der Rückgang der Erwerbslosenziffer in Halle ein ganz typischer. Anfang Mai nach rund 800 Erwerbslosen vorhanden waren (von 800 weibliche), weist die Statistik im Anfang Juni nur noch 2600 (700 weibliche) Erwerbslose auf. Am Schwierigsten gestaltet sich die Unterbringung von Angehörigen, von denen noch rund 500 ohne Stellung sind. Günstigst hält die Werbung der Arbeitslosen, die am häufigsten durch den Begriff „Erwerbslose“ in Halle keine wesentliche Rolle mehr spielen.

Warum nicht Abbonnentenversicherung?

Auf Stimmen aus den Leserinnenzirkeln hin schreiben Verlag und Redaktion der „Frauenwelt“ in Heft Nr. 4 vom 12. Februar 1927 im Hefen „Frauenwelt“ folgende Zeilen: u. a. — Nicht erfüllen können wir den Wunsch, eine Versicherung mit der Zeitschrift zu verbinden, da wir eine solche Verbindung für eine Versicherung tatsächlicher Unkosten halten. Wer seine Familie versichern will, hat durch die „Volksfürsorge“ die beste Gelegenheit dazu. Und billiger als dort können wir es nicht und kann es keine andere Zeitschrift machen. Man glaube doch nicht, daß man bei einer sogenannten „Versicherungsgesellschaft“ etwas geschenkt bekommt! Die Versicherungsprämie wird immer in den Preis einberechnet, der Abbonnent muß sie bezahlen. Wir aber wollen, daß unsere Leserinnen ein Tausend Mal über Zeitschrift und Kosten haben, und leben dann sehr glücklich.

Es ist sehr erfreulich, daß endlich eine Frauenspezifische Karte und beiläufig darüber, daß die Verbindung der Zeitschriftenlieferung mit einer Versicherung den Abbonnentenpreis nur verneinend mehr. Die Zeitschriftenversicherung bietet, darüber sollte sich doch jeder Arbeiter klar sein, nur einen bedingten Versicherungsschutz. Ihre Entstehungsgeschichte ist eng begrenzt. Infolge der hohen Arbeitslosigkeit oder etwaiger Berufsrisiken herbeigeführt werden, konnten dafür überhaupt nicht in Frage, ebenso Unfälle, die einer Person unter 17 und über 70 Jahre alt auslösen. Bestimmte Gebrechen (Minderheit, Taubheit, Invalidität von 40 Prozent an) schließen von vornherein jede Entschädigung aus. Stellen sich solche Gebrechen im Laufe des Abbonnents ein, so erfolgt jeder Anspruch auf Entschädigung. Die gebrechen Sterbenden sind lächerlich gering und selten, besonders nach längerem Besitze der Zeitschrift, in keinem Verhältnis zu dem aufzubewahrenden Betrag. Für neue einziehende Abbonnenten, die das 56. Lebensjahr überschritten haben, kommen die Sterbenden überhaupt nicht in Frage. Eine Unterbrechung des Abbonnents nicht sofort den Verlust aller Ansprüche nach sich. An eine Wiederstattung eingezahlter Beträge ist nicht zu denken. Maßgebend für den Versicherungsschutz sind die Bedingungen, unter denen er abgeschlossen wird, und nicht die Höhe der Versicherungssumme. Das sollen sich die Leserinnen merken, so daß durch die großen Zahlen der Zeitschriftenversicherung werden sollen.

Was bietet die Lebensversicherung? Sie zahlt die Versicherungssumme aus, wenn der Tod eintritt oder wenn der Versicherte

Aus dem Haushaltsausschuß.

Schulterabhebungen abgelehnt. / Herr Duffe erhält seinen Lohn. / Eine städtische Bäckerei geplant. / Sparfamkeit bei den Subventionen. / Neue Baupläne im Zoo.

Die erste Sitzung des Haushaltsausschusses nach den Pfingstferien fand heute nachmittags statt. Die Haushaltsberatungen fanden immer noch nicht ihren Abschluß. Für Kapitel A — Allgemeine Erhaltung — wurde beraten und verabschiedet. Die Einnahmen betragen 4.676.800 RM. (4.966.800 RM.), die dauernden Ausgaben 7.152.100 RM. (6.764.800 RM.), die einmaligen Ausgaben 85.000 RM. (75.000 RM.). So daß ein Gesamtaufschlag von 2.500.500 RM. (2.442.000 RM.) benötigt wird. Bei den Ausgabenpostitionen wurden eine ganze Reihe Veranschlagungen abgelehnt. Abgelehnt wurde die Position 12, die Gehälter der Beamten, Angestellten usw. um 200.000 RM. auf 8.800.000 RM. zu erhöhen, bescheiden die Position 13 auf 8.800.000 RM. um rund 100.000 RM. Ferner fand keine ausreichende Unterbringung der Position 15, Friedberger, Beschaffung von Dienstleistungen von 33.300 RM. auf 30.000 RM. zu erhöhen, auch die Position 20, für Auszahlung von Unterhaltungen und Notstandsbeihilfen an Beamte, Angestellte usw. von 40.000 RM. auf 60.000 RM. heraufzusetzen, wurde nicht angenommen.

Wichtige Anträge lagen vor, die Dienst im Aufwandsentscheidung für den Stadtbuchbibliothekar, unbedeutend Magistratsmitglieder und Stadtobernuten neu festzusetzen. Eine Erhöhung für die unbediensteten Stadträte wurde abgelehnt. Dem Vorschlag der Stadtratsdiensteinrichtung wegen einer Entschädigung von 1800 RM. zugestimmt. Für die Stadtratsarbeiten wurde eine monatliche Aufschlagsumme von 15.000 RM. eingesetzt. Für Reinigungsmaterialien — Position 89a — 50.000 RM. an Stelle von jetzt 23.100 RM. zu setzen, fand keine Zustimmung.

Abgelehnt wurde ferner die Position 45 — Beiträge an den deutschen und preussischen Städtebünde, sowie dem Städtebunde für die Provinz Sachsen und Freistaat Anhalt — zu streichen, indem diese Beiträge gezahlt werden müssen.

Unter den einmaligen Ausgaben sind 20.000 RM. als erste Rate für Schaffung eines Grundstückes für eine städtische Bäckerei eingesetzt. Dies wurde begrüßt und angesetzt. Die Volksküche mit zu übernehmen und die nach dort gezahlten Beiträge zum Ausbau einer neuen Bäckerei zu verwenden. Die Verwaltung der Volksküche zu übertragen, sich auf Wierland. Die Streichung des jenseitigen Darlehens an die Burg Wettin, Bau- und Verwaltungsgesellschaft mbH., in Höhe von 20.000 RM. fand keine Annahme.

Es folgte dann die Beratung über die Nachweisung der an die verschiedenen Vereine zu zahlenden Beträge. Dazu waren eine große Anzahl Anträge gestellt, von der SPD-Fraktion allein 96 Anträge. Teils forderten sie eine solche unbedingte Erhöhung der einzelnen Beträge, daß man aus Vermittlungsgründen nicht zustimmen konnte, zum anderen forderten sie die Streichung von Beträgen, zu deren Zahlung die Stadt statutenmäßig

Zob durch Unfall (auch wenn durch Arbeitslosigkeit herbeigeführt) wird die doppelte Versicherungssumme gezahlt. Sie läßt ihre Versicherungen an öffentlichen Kassen mitnehmen. Die Invalidität bei einer einseitigen Krankheit zu vermeiden. Der Frau Duffe wurde durch seine lauter verdienten Gehalts nicht für einen unzureichenden Versicherungsschutz ausgeben, sondern sich zu versichern, daß er seine Angehörigen gegen alle Bedrohungen des Lebens sichert. Wenn er dabei die Versicherungen, die auch fremde Angehörige für die Arbeitslosen nicht gezahlt sind, aus dem Hause tut, so kann er dabei nur gewinnen.

Gewerkschaftsfunktionärliste.

Die Fortsetzung der durch die Pfingstferien unterbrochenen Beiträge an der Invalidität beginnt am Montag, dem 13. Juni. — Wir machen darauf aufmerksam, daß in der Reihe A (Brotbacken) und in der Reihe B (Sozialpolitik) ein Zuwachsverdienst eintritt, und zwar werden die Beiträge des Herrn Professors Ahn über „Markt und Preise“ (Preisliste) erst am Mittwoch beginnen, während Herr Professor Böhmert seine Beiträge bereits am Montag abgeben darf. Der Frau Duffe wurde durch seine lauter verdienten Gehalts nicht für einen unzureichenden Versicherungsschutz ausgeben, sondern sich zu versichern, daß er seine Angehörigen gegen alle Bedrohungen des Lebens sichert. Wenn er dabei die Versicherungen, die auch fremde Angehörige für die Arbeitslosen nicht gezahlt sind, aus dem Hause tut, so kann er dabei nur gewinnen.

Autounfall bei Seiß.

Eine halbsie Familie verunglückt. Am Mittwochnachmittag ist auf der Provinzialstraße Weihenfeld-Seiß bei Raumbord das Auto des Besitzers Feustel aus Halle mit einem Grundwagen zusammengestoßen. Die vier Insassen, Feustel mit Frau und Tochter, sowie die Gattin des Beschädigten, wurden durch den Unfall schwer verletzt. Der Feustel erlitt drei Rippenbrüche und liegt nun im

Arbeiter! Vergeude nicht Dein Geld, Deine Gesundheit!



Werde Mitglied des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes!

verpflichtet ist. Bemerkenswert ist hierbei, daß die Antragsteller teilweise sich selbst nicht aus dem Gezir der 317 Anträge herausfanden. Die kostspieligsten angenommenen Anträge seien hier noch erwähnt. Beantwortet worden sind den Betrag für Beamtenerholungsheim von 2000 auf 4000 RM. zu erhöhen. Dies ist eine Summe, die nicht an die Gemeindefürsorge geht, sondern ausschließlich für erholungsbedürftige Beamte bestimmt. Es wurde daher beantragt, die Position auf 8000 RM. zu erhöhen und dafür für Beamten Erholungsheim am Arbeitererholungsheim zu setzen. Dies wurde abgelehnt. Beiläufig die letzte Forderung wurde angenommen und 4000 RM. beibehalten. Der Betrag für das Erholungsheim der MASt. in Bodentele wurde um 2000 RM. auf 4000 RM. erhöht. Die Beizenträger 1000 RM. für den Ferienheim wurden abgelehnt. Die Volkshochschule erhielt 2000 RM. mehr, insgesamt 10.000 RM. Für Beamten, Angestellten und Arbeitererholungsheim wurde 2000 RM. eingesetzt. Das Arbeitererholungsheim Halle wird 500 RM. erhalten. Der Antrag für Arbeitererholungsheim für öffentliche Beamtenfamilien von 800 RM. einzusetzen, fand keine Zustimmung, einen zweiten Antrag auf 10.000 RM. erging es eben. Annahmen wurde noch für den Bund erkrankter Arbeiter, Bezirk Köpenick Sachsen, 1000 RM. (300 RM.) zu zahlen. Als Anträge für die Beiträge an Vereine sind 117.740 RM. (119.070 RM.) vorgesehen. Um die angenommenen oder abgelehnten Beträge wird sich dieser Betrag nun verändern. Der Etat selbst wird mit Mehrheit angenommen. Fortsetzung der Erörterungen nächsten Donnerstag.

Zur Verordnungsgebung und Bereicherung unseres 1926 soll ein neues Tierhaus für Affen und Kleintiere

geplant werden. Dazu werden 100.000 RM. benötigt. Ohne daß der Bauausführer dazu gezeichnet wurde, wurde der Betrag bestimmt. Das Haus soll möglichst als Holzhaus entstehen und trockenheitsfest angelegt werden. Es sind genügend Außenplätze vorhanden, wo reichlich Sonne einstrahlt, damit die Tiere auch gehalten werden können. Man rechnet mit der Anschaffung eines Schwammpfandes, da die menschlichen Affen immer ein großes Unheil für die Besucher bereiten. Unterbringen soll man lieber eine Reihe von Hühnern, die sonst im Winter nicht gezüchtet werden können, damit auch hier Anstränge für das Publikum vorhanden ist. Endlich sind noch vorzuziehende Käfige zur Einweisung von neuen Tieren und für kleine Tiere. Die 100.000 RM. sollen durch den Verkauf der Tiere gegeben werden. Wenn es sich um den Verkauf des Viehes des Zoologischen Gartens den Betrag zu berücksichtigen zu können. Die SPD. kann mit der alten Weise, erst Wohnungen zu bauen und dann Anschaffungen für den Zoo zu machen. Hier Verhalten wurde gebührend getadelnd. Mit dem Bau des neuen Tierhauses wird jedoch begonnen werden, damit zum Winter diese Tiere hier neues Heim bekommen können.

Die Bestellung eines Erbkauvertrages für die eigene Scholle fand Annahme, desgleichen der Landvertrags in der Gartenstraße. Diese Vorlage war geheim zu behandeln.

Die halbsie Lebensversicherungs-Angebote, berechnet dem Statistischen Amt der Stadt Halle, sind nach dem Stande vom 8. Juni 1927 gegenüber der Vorwoche unverändert (Gesamtsumme 1.42).

Die Aufzucht von verurteilten gefahren nachmittags ein durchgehender Wegzug. Gegen 2,15 Uhr nachmittags fuhren in der Berlinerstraße die Pferde eines mit zwei Personen besetzten auswärtsigen Wagens. Der Fahrer, ein Mann, wurde durch den Unfall schwer verletzt. Die Pferde wurden durch den Unfall schwer verletzt. Die Pferde wurden durch den Unfall schwer verletzt. Die Pferde wurden durch den Unfall schwer verletzt.

Vom Mute erlitt. Heute früh gegen 4,45 Uhr wurde an der Ecke Unter den Eichenstraße und Wälderstraße in Berlin ein Verkehrsunfall. Die Pferde wurden durch den Unfall schwer verletzt. Die Pferde wurden durch den Unfall schwer verletzt. Die Pferde wurden durch den Unfall schwer verletzt.

Aus dem Gerichtssaal.

Wann darf der Schuhmann schlafen?

In der Nacht zum 24. April 1926 befristete der hiesige angestammte Schneidermeister S. in Berlin eine Hausgenossin in unfähiger Weise. Als auf ihre Forderung der Polizeioberwachmeister S. herbeieilte, wurden der S. und der in seiner Begleitung befindliche Schneider S. festgenommen. Die beiden wurden durch einen herbeieilenden Unterwachmeister gefesselt. Der Schneider S. wies sich durch Legitimationspapiere aus. S. konnte das nicht und sollte angeblich Festhaltung seiner Person für einen Zweck geübt werden. Sein Freund begleitete ihn. Unterwegs machte S. einen zweiten Rückblick und wurde von dem ihm nachlaufenden Unterwachmeister S. nach Angabe von dem Schneider S. durch einen Augenblick gefesselt. Die Witwe des Geschädigten nimmt den Preussischen Staat auf Schadenersatz in Anspruch, da der Polizeioberwachmeister S. seine Amtspflichten außer Acht gelassen habe.

Nach Abweisung der Klage durch das Landgericht Berlin erlangte das Kammergericht in Berlin den Anspruch der Klägerin auf Rentenzahlung für die Zeit vom 1. Mai 1925 bis 6. Juni 1926 dem Grunde nach zur Hälfte für berechtigt an. Ebenso hat das Reichsgericht entschieden und u. a. folgendes zur Begründung seiner Entscheidung ausgeführt: Der Erlaß des preussischen Ministers des Innern vom 15. Dezember 1921 enthält die Bestimmungen, auf Personen zu setzen, die sich bei der Feststellung oder Festnahme durch die Polizei zu entziehen suchen. Jedoch soll von der Schuppe eine Gebrauch gemacht werden, wenn das erstere fest offenbar auch durch andere Mittel zu erreichen sei. Das letztere ist im gegebenen Falle möglich gewesen, da die Klägerin, ohne die Bestimmungen des Ministers zu verletzen, sich durch die Feststellung oder Festnahme durch die Polizei zu entziehen suchen. Jedoch soll von der Schuppe eine Gebrauch gemacht werden, wenn das erstere fest offenbar auch durch andere Mittel zu erreichen sei. Das letztere ist im gegebenen Falle möglich gewesen, da die Klägerin, ohne die Bestimmungen des Ministers zu verletzen, sich durch die Feststellung oder Festnahme durch die Polizei zu entziehen suchen. Jedoch soll von der Schuppe eine Gebrauch gemacht werden, wenn das erstere fest offenbar auch durch andere Mittel zu erreichen sei. Das letztere ist im gegebenen Falle möglich gewesen, da die Klägerin, ohne die Bestimmungen des Ministers zu verletzen, sich durch die Feststellung oder Festnahme durch die Polizei zu entziehen suchen.



25 Jahre Sozialdemokratischer Kreisverein Merseburg-Querfurt.

Von Paul Kämpf (Merseburg).

Durch das Bismarcksche Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie (Sozialistengesetz) 1878—1890 und das Verbot der Sozialdemokratischen Partei, verbunden mit einer ins Krafftvolle gehenden „Bespitzelung“ verdächtiger Personen, wurde ein öffentliches Vereinsleben der Sozialdemokraten in damaliger Zeit völlig unmöglich gemacht. Jedoch trotz Bismarck und trotz Polizeivillkür und Ausnahmegesetz verbanden es unsterbliche Vor kämpfer, die sozialistische Bewegung zu fördern und der Idee des Sozialismus immer neue Anhänger zuzuführen. „Neutrale“ Vereine — Gesellen- und Gefellengerichte, Krankenkassen usw. wurden gegründet und sorgten dafür, daß die notwendige Aufklärung unter die Anhänger des Sozialismus gebracht wurde.

So wurde auch schon in Merseburg während des Sozialistengesetzes ein Verein zur Erzielung sozialistischer Wahlen gegründet. Andere Orte im Kreise Merseburg folgten diesem Beispiel. In Schleußig bestand ein sehr harter Arbeiterverein. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes bildeten sich diese Vereine schnell in sozialdemokratische Parteivereine um. So bereits 1891 in Merseburg, wo sich der „Verein zur Erzielung sozialistischer Wahlen“ auflöste, und dessen Mitglieder einen Sozialdemokratischen Parteiverein gründeten. Der erste Beschluß dieses neuen Vereins war die Anschaffung einer roten Fahne. (Leider ist diese im Besitze der Fahnenkommission verlorengegangen.) Der erste Vorsitzende dieses Vereins war unter erst für kurzen verstorbenen alter Genosse Wilhelm Kahl. Erster Kassierer war der Genosse Gustav Schuberth. Bereits 1893 erschienen im Reichstagswahlkampf in der landesweite Reise stehender Genosse Adolf Thiemme und 1896 der langjährige Vorsitzende Genosse Emil Riender als Vorstandsmitglieder des Parteivereins Merseburg. Auch der Genosse Albert Müller, jetzt in Eisleben, gehörte dem Vorstand an. Diese Genossen haben in mehr als 30jähriger Parteiarbeit in erster Reihe der Arbeiterschaft in Merseburg gestanden. Der Genosse Adolf Thiemme war bereits seit 1888 Mitglied des Schiffschiffers Arbeitervereins. Auf eine mehr als 25jährige Tätigkeit innerhalb der Partei bilden vom Ortsverein Merseburg noch die Genossen Hundertlich (1893), Wilhelm Kahl (1894), Richard Krüger (1897), Friedemann (1902) und Junke (1897) zurück. Der Merseburger Verein schloß bei seiner Gründung circa 30 Mitglieder. In stetiger Aufschwungsbewegung entwickelte sich nicht nur der Merseburger Verein, sondern auch in anderen Orten des Kreises, z. B. in Schleußig, Lützen und Pirnastadt hatten sich Parteivereine gebildet, welche einen ständigen Aufstieg zeigten. Am stärksten prägte sich die Entwicklung in Schleußig aus. Hier hatte schon unter dem Sozialistengesetz der Schiffschiffers Arbeiterverein große Teile der Arbeiterschaft organisiert. Die einzelnen Ortsvereine suchten und fanden untereinander Führung. Die Vorstände der einzelnen Ortsvereine kamen des öfteren zu gemeinsamen Besprechungen zusammen, um gemeinsam über Nationalfragen usw. zu beraten.

Auf Veranlassung der Schleußiger Genossen fand am Sonntag, dem 1. September 1901, in Müllers Saal in Schleußig eine Vorstandskonferenz statt, in welcher folgender Beschluß gefaßt wurde:

„Um eine bessere und intensivere Organisation herbeizuführen, wird die Reorganisation der Parteivereine für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt beschlossen.“

Der neue Verein erhielt den Namen Sozialdemokratischer Kreisverein für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt.

Der Vorstand setzte sich aus folgenden Genossen zusammen: 1. Vorsitzender Wilhelm Böhm (Schleußig), 2. Vorsitzender Ernst Schrad (Querfurt), Kassierer Max Wille (Schleußig), Schriftführer Otto Reichle (Schleußig), Reichle Gustav Garung (Schleußig) und Franz Görde (Schleußig).

Als Sitz der Kreisorganisation wurde Schleußig bestimmt. Am 1. Januar 1902 nahm nunmehr der neue Kreisverein seine Tätigkeit auf.

Am 20. Juli 1902 fand in Basternads Restaurant in Querfurt-Quarfurt der erste Kreisstag statt. Er wurde vom Genossen Kahl (Querfurt) als Kassierer der Querfurter Parteigenossen eröffnet. Berichten waren auf dem ersten Kreisstages die Ortsvereine (Distrikte) Schleußig, Merseburg, Querfurt und Lützen. Aus dem Bericht des Genossen Böhm geht hervor, daß der Kreisverein vier Distrikte mit circa 450 Mitgliedern umfaßte, und seit seiner Gründung in einem halben Jahre die Mitgliedschaft in Schleußig von 130 auf 170, in Merseburg von 60

Die vier ältesten Merseburger Parteigenossen



Von links nach rechts: Emil Riender, Otto Junke, Adolf Thiemme, Oskar Friedemann.

auf 75, in Querfurt und Lützen, wo vorher so gut wie nichts vorhanden war, auf 145 bzw. 45 Mitglieder gestiegen war. Genosse Wittig (Merseburg) berichtet über große Schwierigkeiten in der Agitation und führt das darauf zurück, daß Merseburg eine ausgesprochene Garnison- und Beamtenstadt sei. Als Reichstagskandidat der Partei für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt wurde der Genosse Wittig (Merseburg) mit 14 gegen 5 Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung gewählt. Die Kandidatenliste für den Reichstag hat den Kreisverein sehr oft beschäftigt. 1903 erhielt der Genosse Wittig auf dem Kreisstages von 29 Stimmen 15, was ihn veranlaßte, wegen dieser geringen Mehrheit seine Kandidatur als Reichstagskandidat zurückzulegen. Drei Jahre lang war der Kreis nicht in der Lage, einen geeigneten Reichstagskandidaten zu bekommen, und erst 1906 auf dem Kreisstag in Merseburg wurde der Genosse Vollerder (Leipzig) als Reichstagskandidat gewählt. Genosse Vollerder hat acht Jahre lang bis zum Ausbruch des Krieges ständig als Reichstagskandidat für die Sozialdemokratische Partei im Wahlkreis gewirkt. 1912 kam Genosse Vollerder mit dem Liberalen Koch aus Unterfarnsdorf in Etzdorf. Seine Wahl konnte nur dadurch verhindert werden, daß die Konterkandidaten die zur Wahl noch notwendigen Stimmen absonnorierten. 1906 schloß der Verein bereits 2 Distrikte mit 1022 Mitgliedern. Das „Rotes Blatt“ hatte einen Abonnentenhund von 1099 aufzuweisen. 1917 liegt die Zahl der Mitglieder auf 1826 und die Zahl der „Rotes Blatt“-Abonnenten auf 1600. Im Jahre 1908 ist dann ein Mitglied eingetreten, denn auf dem Kreisstag in Klein-Loßna wird berichtet, daß der Verein circa 100 Mitglieder verloren habe. Zurückgeführt wird dieser Verlust an Mitgliedern von dem Genossen Konrad Müller (Schleußig) auf persönliche Streitigkeiten im Merseburger Ortsverein und auf die inzwischen eingetretene Weirückerschöpfung. Doch der Mitgliedersitz nicht auf, denn 1909 war die Mitgliederzahl bereits auf 1834 (männliche und 175 weibliche, zusammen 2009) gestiegen. Der Verein hatte bereits ein Vermögen von 975 M. Eine große Rolle innerhalb der Parteibewegung spielten in dieser Zeit die Lokalfragen und die Schikanen durch die Ortsverbände. So hatten z. B. die Ortsvereine Kurzhorn und Lützen jahrelang darunter zu leiden, daß der Arbeiterklub und der Partei keine Röhre zur Verfügung standen oder diese ihnen immer wieder abgetrieben wurden. Die Genossen verlangten damals von der Arbeiterschaft für die Benutzung ihrer Lokalitäten die Garantierung eines ganz

bestimmten Bierumfanges. Dem Militär und den Beamten wurde der Besuch von Lokalen, wo die Partei verkehrte, verboten. Ueber die Arbeiterlokale wurde der öffentliche beschränkte Zutritt verhängt. Die Partei wehrte sich dagegen dadurch, daß sie ihrerseits auch die „bürgerlichen“ Lokale boykottierte und die Arbeiterschaft aufforderte, nur in bestimmten, der Partei zur Verfügung stehenden Lokalen zu verkehren. Wegen dieser Frage ist innerhalb des Vereins in damaliger Zeit viel Kraft verwendet worden. Des öfteren mußten auch Strafen wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz bezahlt werden. So wurde z. B. der Genosse Voigt (Schleußig) im Jahre 1909 zu 20 M. Geldstrafe verurteilt, weil er eine Mitgliederversammlung der Partei nicht polizeilich gemeldet hatte. Wegen dieses Urteils wurde Berufung eingelegt mit dem Resultat, daß Genosse Voigt freigesprochen wurde. Doch der Staatsanwalt ruhte nicht und legte seinerseits auch Berufung ein. Nun ließ sich der Genosse Voigt von der Polizei beryben und bezahlte die Strafe. Dieses Vorgehen des Genossen Voigt wurde auf dem Kreisstages scharf gerügt und beschlossen, in Zukunft alle derartigen Fälle bis zur höchsten Instanz durchzuführen. Anlaßlich der großen Wahlrechtsdemonstrationen im Jahre 1910 wurde der Genosse Max Schülke (Schleußig) zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, weil die Behörde in ihm den Leiter und Verantwortlichen einer Versammlung unter freiem Himmel erblickte. Die Behörden und die Polizei gaben sich damals die erbitterteste Mühe, den Aufstieg der Partei zu behindern und aufzuhalten. Aber trotz dieser Schikanen, oder gerade wegen derselben, stieg die Mitgliederzahl im Jahre 1910 auf 1887. In den Jahren 1910 und 1911 hatte sich der Verein mit einer sehr schmutzigen Angelegenheit verurteilt (Merseburg) zu befassen. Verurteilt wurde beschuldigt, als Spiegl in der Partei tätig zu sein und Parteimaterial im „Merseburger Vorposten“ veröffentlicht zu haben. Wegen dieses Verbalens wurde Verurteilt die Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiamttern abgesprochen und derselbe später aus der Partei ausgeschlossen. Im Jahre 1911 betrug die Mitgliederzahl bereits 2348, darunter 287 weibliche. 16 Distrikte schloß der Kreisverein. Überall waren Bildungsausschüsse geschaffen worden, welche durch Beschaffung von Büchern und durch viel zur Aufklärung der Arbeiterschaft beitrugen. Die Reichstagswahl 1912 stellte große Anforderungen an die Parteioorganisation. Oftmals wurde die Schärfe von den „Hottentottenmäulern“ wieder wettzumachen. 56 000 Flugblätter und 25 000 Volksblätter wurden verbreitet. Ueber 800 Genossen aus dem Leipziger Bezirk

Wollten sich der Merseburger Wahlkampf als Helfer zur Verfügung stellen, der Erfolg blieb auch nicht ohne die Partei eine große Stimmengewinnung zu verzeichnen und der Genosse Paul Linderer kam mit dem Liberalen noch in die Stichwahl. Der Wahlkampf verlief bei der Summe von 18.000 Mt. Drei hundert Genossen erhielten je 50 Mt. Geldhilfe aufgebracht, weil sie die „Wahlurne“ umgeschüttelt hatten. Mehrere Genossen, welche als Wahlkontrollen und Stimmzettelverteiler tätig waren, sind im Querfurter Kreise bei der Wahl schwer verprügelt worden. Überall hatte sich gerade während dieses Wahlkampfes der schärfste Terror gezeigt, und doch sind die großen Erfolge erzielt worden. Damals erlebte die Wahlkraft für die Partei noch wirklich Idealismus und Hingabe. Zu dieser Wahl war zwischen dem Parteivorstand und den Liberalen ein Wahlbündnis getroffen worden, welches in unserem Kreise sehr mißbilligt wurde. Das Wahlbündnis hat nach dem Berichte der Delegierten damals die Wahltagung sehr behindert. Die Mitgliederzahl stieg nach dem Wahlkampf auf 2342 männliche und 872 weibliche, zusammen auf 3214. Der Kreisrat 1912 befaßte sich lebhaft mit dem Wahlbündnis mit den Liberalen und nahm in einer Resolution in schriftlicher Form gegen dasselbe Stellung. Der Reichspräsident billigte das Wahlbündnis dieses Wahlbündnisses. In diesem Jahre konnte der Genosse W. L. (Schubert) auf eine sehr tüchtige Tätigkeit als Kreisfunktionsärzter zurückblicken. 1913 erreichte der Mitgliederbestand die Höhe von 3082. Das Vereinsvermögen betrug 3001.48 Mt. Im März 1914 wurde eine „Note Bode“ herausgegeben, welche der Organisation 482 neue Mitglieder brachte. Da im Jahre 1914 die Mitgliederzahl ständig stieg und dreierleiherlei erreicht wurde, beschloß der Genossen Sammel (Schubert) als Parteifunktionsärzter anzutreten. Das Vereinsvermögen betrug 6159.96 Mt. Das Parteifunktionsärzter wurde am 1. August 1914 eröffnet und fiel mit dem Tode des Kreisrats zusammen.

Die Gemeintendenzen des Krieges machten sich schon seit längerer Zeit bemerkbar, so daß der Parteivorstand beschloß, im ganzen Kreise Propagandaaktionen gegen den Krieg abzuhalten. Der Belagerungsstand machte diese Versammlungen ein Ende. Der Krieg brachte zuerst große Wirrnisse in die Organisation. Die Vorstände, Kassierer, Unterfunktionsärzter usw. wurden eingezogen, ohne daß sie vorher genügend Gelegenheit hatten, die Geschäfte ordnungsgemäß zu übergeben. Doch auch diese Wirrnisse wurden überwunden. Bereits im Januar 1915 konnte auf einer Vorstandskonferenz in Wipshersdorf berichtet werden, daß die anfängliche Kriegshingabe, durch die die Parteibewegung zum Stillstand gekommen war, überwunden sei. Die Mitgliederversammlungen fanden wieder regelmäßig statt. Auch die Kalenberbereinigung ist erfolgt und mit guter Einwirkung durchgeführt worden. Allmählich wurde der Verlauf des Krieges jedoch immer mehr und mehr bemerkbar. Immer mehr Genossen wurden eingezogen. Das Sekretariat vermahte und mußte praktisch durch den Genossen W. L. (Schubert) besetzt werden. Einige Ortsgruppen gingen ein, weil der größte Teil ihrer Mitglieder eingezogen war. 1915 fand kein Kreisrat statt. Die Bezirksleiterkonferenz am 20. Juni 1915 gibt ein trübes Bild von der Parteibewegung. Ein allgemeiner Aufruf ist zu verzeichnen. Außer den im Kreise sich befindlichen Mitgliedern hat der Verein 627 Mitglieder verloren. Quarantänebestimmungen sind nur noch sehr häufig hereinzuwachen. Im die notwendige Aufführung zu schaffen, wird beschlossen, Kriegserzählungen zu veröffentlichen. Diese Konferenzen befaßte sich eingehend mit dem Krieg und seinen Ursachen und Folgen. Es fand eine lebhaft debattierte Debatte wegen der Bewilligung der Kriegsgelder durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion statt. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die Bezirksleiterkonferenz erwartet, daß die Parteifunktionen von nun an dem Kreise jede politische und soziale Unterstützung verweigern, daß sie die Partei und die Arbeiterklasse aufzurufen, ihren Willen in einem schließlichen Friedensschluß ohne Annexion auf jede mögliche Art kund zu tun, und daß sie auf dieser Grundlage eine internationale proletarische Aktion für den Frieden vorbereiten.“

Im Juli 1915 forderte der Parteivorstand den Genossen Hennig (Halle) auf, im Parteiausschuß in Berlin aufzutreten, daß die Reichstagsfraktion gegen weitere Bewilligung von Kriegsgeldern stimmen solle. Allmählich macht sich im Parteivorstand eine immer härter werdende Stimmung gegen die Mehrheit der Reichstagsfraktion und gegen den Parteivorstand bemerkbar. Im Mai 1916 wurde der Genosse Wilhelm Knoen (Halle) vom Parteivorstand als Reichstagskandidat bestimmt. Auf der Bezirksleiterkonferenz im Juni 1916 in Halle hält der Genosse Knoen einen Vortrag über „Minorität oder Majorität“. Er teilt den Standpunkt der Minorität wegen der Bewilligung der Kriegsgelder und richtet scharfe Angriffe gegen den Parteivorstand. In einer Resolution wird dem Genossen Knoen für seine Haltung das Vertrauen ausgedrückt und das Vergehen der Widerleitungsleiterkonferenz auf Antrag des Genossen Sammel (Schubert) gegen die Reichstagskandidatur Knoens war vom Genossen K. A. (Merseburg) ein Protest eingeleitet, mit dem Antrage, Knoen als Kandidaten abzulehnen, da die Auffassung des Reichstagskandidaten nur auf einen Kriegstag und nicht vom Vorkande vorgenommen werden könne. Die Bezirksleiterkonferenz befaßte über die Kandidatur Knoen und lehnte den Protest des Genossen Knoen ab. Genosse Müller (Schubert) wurde beauftragt, nach Merseburg zu fahren, um die dortigen Genossen von der ordnungsmäßigen Auffassung Knoen zu überzeugen. In der Vorstandssitzung am 24. Oktober 1916 gibt der Genosse Müller dann bekannt, daß er nicht in der Lage gewesen sei, die Merseburger Genossen von der ordnungsmäßigen Auffassung des Genossen Knoen als Reichstagskandidat zu überzeugen. 1916 fand kein Kreisrat statt. Am 20. März 1917 fand eine Bezirksleiterkonferenz auf Antrag des Genossen Sammel (Schubert) den Beschluß, sich der neu gegründeten unabhängigen sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„In Konsequenz unseres Beschlusses vom 8. März 1917, nach welchem sich die Delegierten einstimmig auf den Standpunkt der sozialistischen Arbeitergemeinschaft stellen, erkennt die Bezirksleiterkonferenz den auf Grund obigen Beschlusses vom Parteivorstand herbeigeführten Anschluß an die unabhängige sozialdemokratische Partei an.“

Mit diesem Beschluß war auch im Kreisverein Merseburg-Querfurt die Parteispaltung Tatsache geworden. Der gesamte Parteivorstand trat mit allem Material geschlossen zur USPD über. Doch zum Segen für die Parteibewegung wurde dieser Beschluß nicht, denn bereits am 16. Dezember 1917 gibt Genosse Sammel in seinem Bericht in Dürrenberg bekannt, daß sich infolge der Parteispaltung eine schleichende Krise im Parteileben bemerkbar mache. Er führt diese Zustände auf die Tätigkeit der „Regierungsozialisten“ zurück. Am 13. Februar 1918 wurde dem Genossen Henig als Geschäftsführer des „Vollrats“ gewählt. Henig als hängender Genosse. Die Parteivorstandssitzung erklärt sich mit dieser Wahl nicht als Beleg einverstanden. In die Stelle des Genossen Henig sollte der Genosse Sammel treten. Derselbe

Wilhelm Rath und Frau.



Wilhelm Rath war Vorsitzender des ersten Merseburger Parteivertrages. Das Ehepaar Rath hat mehr als 30 Jahre lang die Expedition des „Vollrats“ der org. Wilhelm Rath hat nach fast 50jähriger Parteitätigkeit Ende des vergangenen Jahres.

bittet aber, vorläufig von seiner Person abzusehen, da er zur Kur in eine Delegation müde.

In der ferneren Zeit beginnt sich dann der Vudubank in recht unliebsamer Weise für die Arbeiterbewegung bemerkbar zu machen. Dieser Kampf zu vermeiden, soll an dieser Stelle unterlassen werden. Die Kriegsverhältnisse gestalten sich immer ungünstiger, so daß sich der Unwille des Volkes immer mehr und mehr bemerkbar macht. Die Partei sollte wieder wie in den frühkämpferischen Tagen alle Hände voll zu tun. Die Genossen Konrad Müller und Hübner (Schubert) wurden wegen Landesverrats inhaftiert. Die Schikane der Polizei setzte wieder wie in früheren Tagen ein. Der Zusammenbruch des Krieges und der Ausbruch der Revolution machte jedoch bald Schluss mit diesen Willkürmaßnahmen. Vollständig veränderte Verhältnisse traten ein.

Da die gesamte Kreisorganisation zur USPD übergetreten war, mußte nach Kriegende die Organisation der USPD, wieder völlig neu aufgebaut werden. Anfang Dezember 1918 fand in Merseburg eine Vertrauensversammlung statt, an der ganze 16 Personen teilnahmen. Es wurde beschlossen, für die Nationalversammlungswahlen ein Wahlbureau einzurichten. Als Wahlleiter wurde Genosse K. A. p. f. bestimmt. In mühseliger Arbeit und unter den schwersten materiellen und auch finanziellen Verhältnissen unter schweren Kämpfen wurde der Aufbau der Partei wieder vorgenommen. Während die USPD einen großen Aufstieg nahm, konnte die „alte Partei“ nur ganz langsam an Boden gewinnen. Die Bruderpartei, welche sich damals abspaltete, waren zum Teil mehr, als mancher Genosse fürterlich und feilsch vertragen konnte.

Programm

zum Parteitag anlässlich des 25jährigen Bestehens des Kreisvereins Merseburg-Querfurt der Sozialdemokratischen Partei am 11. und 12. Juni 1927 in Merseburg.

Sonnabend, den 11. Juni:

20 Uhr im „Neuen Schützenhaus“: Große politische Ausdeutung mit Vorträgen.

1. Sozialistenmarsch Festliche Orchester
2. Dem Lenz entgegen Merseburger Volkschor
3. Begrüßung Genosse Rämpf-Merseburg
4. Fest-Ansprachen. Redner: Adolph Hoffmann-Berlin, Otto Polander-Leipzig, Reichssozial-Dresden.
5. Märsch Merseburger Volkschor
6. Wagneriana Phantasi aus Nib., Wagners Opern

Pause.

7. Das Lied der Arbeit.
8. Arbeiter-Turner Merseburg.
9. Die Internationale.
10. „Haus-Gang“-Spiele S.A.S. Schubert
11. Reichsbannermarsch
12. Schluß-Ansprach.
13. Majestätische.

Sonntag, den 12. Juni:

- Vormittags: Empfang der Gäste. Frühgymnastik im „Neuen Schützenhaus“.
12. Uhr: Ansetzen zum Umzug am Landplatz.
 13. Uhr: Umzug zum Landplatz durch die Stadt.
 14. Uhr: Demonstration mit Fahnenwehse auf dem Marktplatz (Redner: Adolph Hoffmann).
 - Von 15. Uhr an: Gartenfest, Volksfestspiele usw.
 - Von 18. Uhr an: Orchester-Festball.

Allmählich entwickelte sich die Partei weiter. Neue Mitglieder wurden gewonnen und alte kamen von der USPD, wieder zurück. Eine rege Agitation wurde unter den Beamten entfacht. Wenn auch anfangs große Teile der Beamtenchaft hauptsächlich in der Stadt Merseburg) in der Partei organisiert wurden, so war die „Beamtenbewegung“ doch nicht von langer Dauer. Wir haben in Merseburg sehr viele Erfahrungen mit den „Beamtenmitgliedern“ in der Partei gemacht. Ein Teil, und das war die Mehrzahl, hofften, Sondermehrwahl in der Partei erfüllt zu sehen, aber andere Teil wollte die Partei benutzen, um schneller in der „Laufbahn“ vor-

wärtszukommen. Möglicherweise war auch, daß die Sozialdemokraten damals in der Regierung waren, und man glaubte, pflichtgemäß sich der SPD, anzuschließen zu müssen. Immer wieder wurde die Erfahrung gemacht: wenn die Sozialdemokraten Einfluss in der Regierung hatten, dann stieg die Zahl der Beamtenmitglieder, hatte die Partei nur geringen Einfluss, aber waren wir gar nicht in der Regierung, dann melbten sich die Beamten wieder ab. Die „Beamtenbewegung“ des „Inhaltungsmitgliedertages“ ist aus weiteren Erfahrungen dieser Generation der Beamtenchaft eben nicht so leicht herauszubringen. Es ist damals viel Kraft für die Gewinnung der Beamten für die Partei erfolglos verwendet worden.

In jenem Aufstieg entwickelte sich der Verein immer mehr, so daß im Oktober 1919 der Genosse Bauer als Parteifunktionsärzter angestellt werden konnte. Der Kreisverein zählte damals circa 1500 Mitglieder.

Bereits Ende 1919 zeigte sich in der USPD, wieder Spaltungsbefürchtungen, die später nach dem Rapp-Buch immer stärker in Erscheinung traten.

Der Rapp-Buch erforderte die ganze Kraft der Parteioorganisation, und es muß hier festgehalten werden, daß sich in dieser Zeit die Parteioorganisation im Kreise glänzend bewährt hat.

Die USPD wurde nach dem Rapp-Buch immer mehr und mehr zurückgedrängt, weil die Kommunisten in ihr die Führung übernehmen. Die schweren Kämpfe für die Errichtung der „Majestätik“ in der Gegend um Ammenborn waren das Resultat der kommunistischen Agitation.

Bereits auf dem Kreisrat der USPD, am 3. Oktober 1920 arbeitete Sammel mit allen Mitteln auf den Anschluß an die SPD hin. Er wirt Dillfelding „Verdrossenheitspolitik“ vor und verlangt die Anerkennung der 21 Wobfauer Bedingungen. Die Genossen Peters (Halle) und Reich (Schubert) traten damals Sammel entgegen.

Bereits auf der Bezirksleiterkonferenz am 24. November 1920 verlangt Sammel den Anschluß an die SPD: „Wir wollen die Hilfslinie des Proletariats erkämpfen, wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand.“ So ruht Sammel den Konzentrationen.

Der Anschluß an die 3. Internationale wird beschlossen. Genosse Fiebler (Schubert) mußte jedoch berichten, daß ein Teil der Kreisvereine sich dem Mehrheitsbeschluß nicht gefügt hat und dadurch die „Aufhebung“ der USPD, Schubert und fast 1000 Mitglieder verlorengegangen seien. Auf dem Halleischen Parteitag wurde dann die Spaltung der USPD, festgelegt.

Während dieser Periode innerhalb der USPD, hatte sich die alte Partei so gefestigt, daß der Mitgliederbestand auf fast 2000 angestiegen war.

Der Märzputz der Kommunisten 1921 warf dann die Parteibewegung im Kreise um Jahrzehnte zurück. Die erworbenen Rechte der Arbeiter im Reunwert gingen restlos verloren.

Die Vereinigung der USPD, mit der SPD, schaffte dann auch in unserem Kreise die Vorbedingung für den weiteren Aufstieg. Noch war aber die letzte Krise nicht überwunden. Während sich die Organisation immer mehr und mehr ausbaute, verdrängten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse im Reich immer mehr, und die Geldwertung ging an, den ganzen Organisationsapparat in Mitleidenschaft zu ziehen. Die Inflation brachte einen so gewaltigen Rückschlag, daß im Frühjahr 1924 praktisch wieder mit dem Neuaufbau der Gesamtorganisation begonnen werden mußte.

Im März 1924 wurde der Genosse K. A. p. f. als Wahlleiter für die bevorstehende Reichstagswahl bestimmt, und dann im Juni des gleichen Jahres als Parteifunktionsärzter angestellt. Das Sekretariat war während der Inflation eingezogen und mußte wieder neu aufgezogen werden. Die Reichstagswahl 1924 brachte uns einen erheblichen Stimmengewinn. Es wurden abgegeben im Kreise Merseburg 7906 (1921: 3202), in der Stadt Merseburg 1946 (1877), im Kreise Querfurt 4005 (4487) Stimmen. Die Mitgliederzahl betrug 1924 923 männliche, 184 weibliche, zusammen 1107. Ortsgruppen waren vorhanden 17.

Von nun an beginnt ein ruhiger Aufstieg. Die folgenden Wahlkämpfe — Reichstag, Landtag, Provinz, Gemeinderäte, Reichspräsident —, das Volksgeschehen und der Volksentscheid erforderten die reifste Anpassung der Kräfte der Organisation, brachten aber auch einen großen Erfolg. Von 9446 Stimmen im Jahre 1921 brachte 1924 die Stimmenzahl am 1. März 1925 auf 19189. Sie betrug eine Steigerung um 108 Prozent.

Die Mitgliederzahl stieg von 1107 im Jahre 1924 auf 1546 im Jahre 1925 und auf 1817 im Jahre 1926. Die Zahl der Ortsgruppen stieg von 17 auf 38.

Überall bildeten sich Frauengruppen der Partei. Die Arbeiterkassen nahen ihre Tätigkeit zum Wohle der Beamten und Beamtinnen auf. Die Parteigenossinnen stellen sich bereit zur Verfügung. Die Jugendbewegung wurde neu aufgelegt. Große Verdienste wurden mit Erfolg durchgeführt. Überall regte sich das Bewußtsein und der Kampfeswille, die Parteioorganisation auf ihre alte Höhe und darüber hinaus zu führen.

Die Mitgliederbewegung seit 1902 hat sich in folgenden Zahlen bewegt:

	Ortsvereine (Dirigerte)	Mitglieder männl.	weibl.	zusammen
1902	4			450
1906	9			1022
1907	11			1326
1908	13			1329
1909		1354	175	1529
1910				1887
1911	16	2056	287	2343
1912	20	2342	372	2714
1913		2564	468	3032
1914		2651	670	3321
1924	17	923	184	1107
1925	34	1269	276	1545
1926	38	1476	341	1817

Die vorstehende Entwicklungsgeschichte der Kreisorganisation Merseburg-Querfurt bringt den Beweis, daß die Idee des Sozialismus unaufhaltsam vorwärtsdringt. Die Parteioorganisation ist der Hort des kämpfenden Proletariats. Nur im Zusammenstand liegt die Macht der Arbeiterklasse, und nur der Streit innerhalb der eigenen Reihen kann den Aufstieg der Arbeiterklasse hemmen und hindern. Mäße diese Erkenntnis bald Gemeingut aller Arbeiter werden.

Der Aufstieg der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

Darum vorwärts zu neuen Kämpfen und neuen Erfolgen! Das Parteitag am 11. und 12. Juni 1927 sei der Auftakt dazu.

Die Bedeutung unseres Unterbezirks in der deutschen Wirtschaft.

Von R. Krüger (Merseburg), M. d. R.

Als ich vor 17 Jahren meinen Einzug in die Beamtenstadt Merseburg hielt, sah man noch nichts von dem sich jetzt entwickelnden Industrialismus; Kleinbürgerlich, ruhig und im gleichen Zeitungs- und Wägen nicht schon damals die Partei, die Gewerkschaften und die Bevölkerung tätig gewesen man hätte von einem Fortschrittsgeschick reden können, denn Bürger und Stadtverordneten Merseburgs trauten. Günstig mußte man die Herren der Regierung von damals, zu verüben, daß Industrien sich in Merseburg ansiedelten. Was unser Nachbarort Ammendorf an Industrie jetzt besitzt, hatte damals den Wunsch, in Merseburg sein Domizil aufzuschlagen; aber die geltenden Herrn im Schloß verbanden, dies zu verweigern. Was kümmerte sie die Arbeiterstadt Merseburg, wozu sie die Aufsicht der Stadt Arbeit luden, nur das Wohl der Regierungsbürokratie nicht gefährdet werden. Aus diesem Grunde hatte man ja damals auch den Sieg der Regierung nicht nach Halle gelegt, das verkehrstechnisch viel günstiger lag, dort wären Unnahbarkeit und Speisemittel nicht zur Geltung gekommen; anders in Merseburg, überall kam das Exklusiv der Regierung und Beamtenstadt zum Vorschein. Deshalb auch das lange Stillstehen in der Einwohnerzahl unserer Stadt. Während sich die industriellen Nachbarstädte Weisenfels, Zeitz, Schönbürg u. a. m. schnell entwickelten, stagnierte Merseburg.

Zwar konnte man die Entwicklung zur Kräfte nicht ausschalten, dazu fehlte die Macht. Aber sonst hätte man sich Herr der Situation. Vorwärts drängte der moderne Kapitalismus: Im Weltmarkt waren Kohlenfelder schon vor Jahren erhöht, und nun ging man an die Ausbeutung; Kohlenwerke auf Kohlenwerke entstanden, die Mächtigkeit der Kräfte und deren leichte Abbaumöglichkeit durch Tagebau reizten das Unternehmertum zur Anlage von Kapital. Neue Arbeitsmöglichkeiten boten sich für die Eingeweihten des Unterbezirks, leider wurden auch billige Arbeitskräfte aus Polen und anderswo herangeholt, um die Schmelzwerke zu halten und den Profit dadurch recht hoch zu gestalten. Die ersten Arbeitskämpfe größeren Stils lebten ein und wurden im Beispiel der Kräfte gewonnen oder verloren. Aber gewaltig war das Erwidern der Arbeiter und die Regierungsbürokratie Merseburg dürfte glücklicherweise viel von ihrem Nimbus als Beamtenstadt ein. Aber erst der Krieg mit seinen gewaltigen, unangenehmen Erscheinungen räumte endlich mit der Tradition auf. Der Mangel an notwendigen industriellen und landwirtschaftlichen Rohstoffen und die Unfähigkeit in den Grenzgebieten des Rheins und der Ruhr zwangen die kapitalistischen Kräfte, ihre Augenmerke auf das mitteldeutsche Gebiet zu richten. Und hier,

wo Kohle und Wasser als Hilfsmittel zur Verfügung standen, wurde jetzt nun der Grundstein zum mitteldeutschen Industriegebiet gelegt. Wittenberg, Wittenberg und Merseburg wurden das Zentrum der neuen Entwicklung. Riefige Zentralen für elektrische Kräfte wurden errichtet; an Ort und Stelle leichter und billiger Zeit und in größeren Massen durch Hochspannungsleitungen den Verbrauchsstellen zuzuführen, Eisen- und Stahlwerke machten sich im Unterbezirk fest, um von den Vorkäufen zu profitieren. Jedoch übertrifft werden all diese neuen Einrichtungen von denen der modernen Chemie. Was der Erdenerzeiger im Laboratorium vorbereitet hat, wird hier in riesigen Werken durch mechanische und Handarbeit zur großen Tat des Gelingens. Als im Jahre 1916 in unserem Unterbezirk der erste Spartenakt zum Ammoniakwert Merseburg getan wurde, erwartete man sehr großes, zumal Bleich- und Weisheitskapital gleiches Interesse an der Erhebung hatten. Nicht nur für Kriegszwecke sollte es dienen; nein, ein großes Werk der friedlichen Zukunft wurde errichtet. Künstliche Düngemittel, Ertrag für Gipsaltpeter sollte erzeugt werden. Frei sollte Deutschland werden von ausländischen Produkten und wahrlich, es ist gelungen. Nach einjähriger Beiseit wurde der Hauptteil des Werkes in Betrieb genommen, und rasch ging die Entwicklung weiter. Zwar bedeckte die Jahre nach dem Kriege einen kleinen Stillstand, Mitteldeutschland wurde als jungfräuliches Industriegebiet von den Nachkriegszeiten durchzogen. Nirgends bot sich günstiger Boden für politische Strömungen als hier, wo Tausende von Arbeitern und Angestellten zusammengekommen waren, ohne schiffbar zu sein. Weit ab von ihren Familien in Garaden und Sälen wohnend, folgten sie müßig jenen Phantasien und Wahnheiten, die vom Sozialismus und Klassenkampf sozial verstanden wie ein neugeborenes Kind. Was damit der mitteldeutschen Arbeiterbewegung für Schaden zugefügt worden ist, läßt sich zwar hier nicht schildern, ist aber leider heute noch überall zu sehen.

Wenn auch die Produktion teilweise unter den Schürren der Zeit eingeschränkt werden mußte, natürlich zum Teilweisen der Kapitalisten, so schuf doch der Erdenerzeiger weiter. Und heute nach reichlich zehn Jahren ist das größte chemische Werk der Erde in unserem Unterbezirk im Entstehen. Nicht umsonst hat man in Amerika Studien gemacht, nach amerikanischen Methoden werden die Bauten aus der Erde getampft, um die neuen Erfindungen (Verflüssigung der Kohlenwasserstoffe und Kohlenstoffation von Flüssigkeiten) zur Tat werden zu lassen. Nicht nur für Deutschland liefert das Lanauerwerk, wie es im

Volkstum heißt, sondern eine große Ausfuhr hat eingeführt für alle Länder der Erde. Durch Vertreibung der Werke ist in unserem Unterbezirk eine Industrialisierung vor sich gegangen, die den Staat Merseburg-Cuerfurt als wichtigen Wirtschaftsfaktor in der deutschen Industrie erkennen läßt. Zwar ist die Entwicklung noch nicht abgeschlossen, und der moderne Kapitalismus wird uns noch manche Herausforderung bringen; aber es steht heute schon fest, in unserem Unterbezirk entwickelt sich ein neues Industriegebiet, das den Unternehmern Profite über Profite abwirft. Hunderttausende von Waggons Rohkohlen und Bräunkohle rollen aus unserem Bezirk, Millionen Kilowatt Elektrizität strömen den Verbrauchsstellen zu und Millionen Tonnen Düngemittel, dazu noch Ammoniakwasser, Öl und bald auch Benzin, versorgen die halbe Erde mit künstlich gewonnenen Rohstoffen. Ihr Produkt werden durch Erdenerzeiger auf künstlichem Wege hergestellt, um davon Farben, Filme, Kunststoffe und hunderte anderer Stoffe zu fabricieren. Wichtig und bedeutend ist die Industrie in unserem Unterbezirk und Millionen rufen ihr Augenmerk auf die gigantische Entwicklung Mitteldeutschlands. Der deutschen Wirtschaftslieferer erfüllt die Bedeutung unseres Bezirks mit Stolz, leider ist das Verhältnis der Arbeiterkraft für ihre eigene Arbeit, die sie hier zu arbeiten haben, noch nicht voll erwidert. Von den Vorteilen für die arbeitende Klasse aus dieser bedeutenden Entwicklung kann man nur sehr wenig spüren. Zwar haben Partei und Gewerkschaften Fortschritte gemacht, aber im Vergleich zu der industriellen Entwicklung in unserem Unterbezirk, sind die Vorteile sehr gering. Die Arbeitnehmerkraft, Hand- und Kopfarbeiter, sind die wichtige Faktor in der Wirtschaft und in ihrer Gesellschaft liegt ihre Stärke. Mitteldeutschland mußte das rote Herz Deutschlands sein, die SPD spricht fast dermaßen schon länger davon, trotzdem sie die Hauptkraft trägt, daß es heute noch nicht so weit ist. Aber es geht vorwärts im Sinne des Sozialismus.

Wenn die Unternehmern aus Mitteldeutschland eine Hochburg der Industrie gemacht haben, so wollen wir nicht ruhen, um daraus auch eine Hochburg der sozialistischen Arbeiterbewegung zu machen. Eine politische Partei folgt unserer Rahn, täglich kommen neue Streiter hinzu. Heute an unserem Jubiläumstage wollen wir uns geloben, das Verträumte nachzulassen, damit unsere engere Heimat auch in der Sozialdemokratischen Partei dieselbe Bedeutung bekommt, die sie in der deutschen Wirtschaft schon hat. Das sind wir den anderen Genossen schuldig. Darum heißt alle mit, denn die Vertreibung der arbeitenden Klasse aus den Ebenen des Kapitalismus kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein!

◆◆ Festinsereate Merseburg ◆◆

Hotel Drei Schwäne
Merseburg
Laudstädter Straße 12
Inhaber: Wilhelm Klose

Vorzüglicher Mittag- und Abendstich
Gute Ueberrnachtung. Angenehmer Aufenthalt.
Gutgeputzte Biere und Weine. Französisches Billard.

Kleine Anzeigen
wie Käufe Verkäufe Stellungsangebote Wohnungsangebote Heiratungsangebote Tauschangebote Goldsachen haben im Volksblatt großen Erfolg!

Für Gewerkschaftsfeste Kinder- u. Sommerfeste!

empfehle zu billigsten Preisen:
Kegel- u. Schiesspreise, Tomboles, Stockkaternen, Feuerwerk, Abschieß-Sterne und -Adler, Kinderfest-Geschenke

Vereine und Schulen erhalten 10 Proz. Rabatt.

Sporthaus Käther, Merseburg
Ecke Kleine Ritterstrasse 1.

Gute, passende **Kleidung**

für Herren, Jünglinge und Knaben

stets in grösster Auswahl zu niedrigsten Preisen

Oskar **Zimmermann**
Merseburg
Gotthardstr. 25.



J. G. Knauth & Sohn
Merseburg Entenplan 2

Spezial-Geschäft für Herrenhüte

Sport-, Regatta-, Kinder-Mützen - Selbstbinder Krawatten - Oberhemden - Einsatzhemden weiche und steife Kragen - Hosenträger - Sportriemen - Herrensocken - Sockenhalter - Stutzen Sportstrümpfe - Stoff- und Lederhandschuhe

••• Leder-Mützen - Autokappen •••

Größte Auswahl! Billigste Preise!
Aufmerksame sachmännische Bedienung!

„Lachen links“
Das Witzblatt der Republik!

Preis 26 Pfennig
Bitterfelder Volksbuchhandlung, Steinstr. 3-4

Elektro-mechanische Säuhreparatur
Hallenfia, Delgrube 13.

freitig innerhalb 24 Stunden Behebung an. Mit Wunsch kann gearbeitet werden. Garantierter Bearbeitung nur gutem Fernleder. Infolge rationaler Arbeitsweise

••• Billigste Preisberechnung •••

Zur Einführung: **Effenieder** doppelt so haltbar wie jedes andere Feder.
Zusatzstücke werden sauber nach dem Vgo-Berfahren wie neu wieder hergestellt, farbige Schuhe in jeder Farbe aufgeschliffen.

Hallenfia, Delgrube 13
1/2 Minute vom Markt.

Anerkannt beste Marke **Michel** Anerkannt beste Marke

Briketts für Hausbrand und Industrie
Naßpreßsteine · Rohbraunkohle · Ia Grudekoks · Steinkohlen Ia Anthrazit · Hüttenkoks jeglicher Herkunft · Ia Zentralheizungskoks

Brennholz in Raummetern, gespalten und gebündelt **Baustoffe** im großen - frei Haus, ab Lager - im Kleinen

Michel-Brikett-Verkaufsstelle
M. d. K. · Merseburg · Fernruf 52
Kleinverkaufl: Neumarkt 67 Kontor: Nulandstr. (im Gitterhaush)

Arbeitsgerichtsgesetz

vom 23. Dezember 1926
Textausgabe mit Einleitung von **Friedrich Klees.**
Preis 60 Pfennig

Das Arbeitsgericht
Ratgeber für Reiziter und Rechtsuchende von **Friedrich Klees.**
Preis 60 Pfennig

Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27

Hausfrauen! Saugt nur in den Gefäßöffnungen, weicht bei uns mitieren.

Carl Baum, Merseburg,
Kl. Ritterstr. 14 Fernruf 1012 Gegr. 1832

Spezialgeschäft feiner **Solinger Stahlwaren**
Rasier-Bedarfsartikel
Stahlwaren aus Krupp'schem nichtrostenden Stahl
Haus- und Küchengeräte
Feldschliffel und Polierstahl für Messer und Sägen aller Art - Reparaturen

Merseburg und seine Umgebung in Wort und Bild.

Den auswärtigen Gästen zur Jubelfeier des Bezirks zugeeignet.

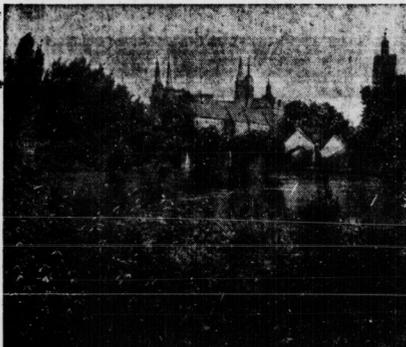
Das Jubiläum des Unterbezirks Merseburg-Querfurt bringt eine große Anzahl Parteimitglieder nach Merseburg, die sich über die Gelegenheit nicht ergehen lassen werden, neben dem Festveranstaltungen auch den Festort oder seine nähere Umgebung ihrer eingehenden Würdigung zu unterziehen. Denn es lohnt sich auch, einmal dem Vertriebe des grauen Mittags zu entfliehen und seine Gedanken rüchert und besonders schweifen zu lassen, um das zu erkennen, was sich hier im Laufe der Zeit abgespielt hat, was sich augenblicklich hier abspielt, und wie es sich seit hier nach Jahren und Jahrzehnten aussehen wird. Hier ist geradezu klassischer Boden, wo man den Menschen von den ersten Kulturanfängen, von der Steinzeit bis zur heutigen Zeit, mit ihren besonderen Merkmalen (siehe Leumauer) fast lückenlos verfolgen kann. Die einzigartigen Funde aus dem Ausgrabungsgebiet am Kloster geben uns einen Einblick, wie unsere alten Vorfahren in der Steinzeit, Bronzezeit und Eisenzeit gelebt haben. Fast 5 Jahrtausende gießen bei der Besichtigung der Funde des Merseburger Leinwandmuseums an uns vorüber.

Merseburg selbst gehört in die Reihe der tausendjährigen Städte, denn sie ist schon in der Karolingerzeit ein besetzter Ort gewesen. In dem oft erwähnten Herzoglicher Besitztumverzeichnis aus der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts ist auch die Stadt Merseburg angeführt. In der späteren Zeit erlebte die Kaiserpfalz Merseburg manche glanzvollen Tage, wurde Bischofsstadt, dann (nach der Reformation) herzogliche Residenz. Ehe es 1815 an Preußen kam, war es mit dem Gebiete des Hochstifts Merseburg ein Teil der sächsischen Lande mit eigener Regierung. — Im Mittelalter muß Merseburg mit seinen vielen Türmen ein glänzendes Städtebild abgegeben haben. Ein alter Satz von Merzian beweist, wie recht man hatte, wenn man von einer besonders ansehnlichen Stadt behauptete: „Es glänzt und gleicht wie Merseburg.“ Auch einen guten Tropfen Vier haben die Merseburger Bürger in der alten Zeit zu brauen verstanden; in einem alten Eubenthalische wird dessen Erwähnung getan.

Neben den guten Zeiten sollen aber auch die zeitlich schmerzlichen nicht vergessen werden. Denn die Lage in der Mitte von Deutschlands brachte es mit sich, daß hier nicht nur allerlei Ketzereistreitigkeiten zwischen den zahlreich vorhandenen Buedorfischen ihre Austragung fanden, sondern auch große Kriege (vor allem der Dreißigjährige Krieg) haben hier Wunden geschlagen, die lange nicht verheilten. Auch 1813 noch spielte ein gut Teil dieses sogenannten Befreiungskrieges in unsere engere Heimat hinein. Es ist fast, als ob ein unglücklicher Stern über diesem Gebiet schwebt. Denn in der Zeit nach dem letzten großen Kriege hat hier zu verschiedenen Malen noch der Bürgerkrieg gehob, der von Rechts- und Links-Extremen angezettelt war; und der Leidtragende dabei war doch nur die arbeitende Bevölkerung. Wäre uns ein günstiges Geschick vor einer neuen Auflage bewahren.

Es heißt bekanntlich immer, daß unsere engere Heimat von der Natur nicht besonders bevorzugt sei. Das mag verschiedentlich zutrifft; mit Wein und Obst, Thüringen und Gory eine können wir nicht konkurrieren. Es mag auch sein, daß die zunehmende Industrialisierung noch manches schöne Fleckchen zerstört, leidet. Aber wer sehen will und sehen kann, wird finden, daß oben angeführte Behauptung doch nur sehr bedingt zutrifft. Es soll das in den nachfolgenden Zeilen bewiesen werden; die Gäste zur Jubelfeier des Bezirks Merseburg-Querfurt mögen sich davon überzeugen.

Schloß: Von Bischof Hilfo von Trotha, der von 1467 bis 1514 regierte, erbaut, von den Herzögen von Sachsen-Merseburg zu Ausgang des 17. Jahrhunderts erweitert und verfeinert. We-



Merseburg: Schloß und Leinwandmuseum.

merseburger das Portal am Eingang mit den Initialen des Erbauers Herzog Christian und der Jahreszahl 1685. Im äußeren Schloßhof steht das Rabenhäuser, in dem auf Grund einer Sage Leute noch seit Hilfo von Trothas Zeiten ein Raub gehalten wird. Im inneren Schloßhof verschiedene kunstvolle Portale und Erker, Wappentafeln, in der Südostecke der Reptunbrunnen und der Verbindungsgang aus Holz zum Schloß nach dem Dom. — Das Schloß beherbergt heute die Merseburger Bezirksregierung.

Dom: Basilika des Ende des 10. Jahrhunderts gestifteten Bistums Merseburg. Erbauung von König Heinrich II (dessen Brustbild mit dem Wobbel der Kirche und Standbild der Schutzheiligen Johannes und Laurentius am Portal) im 12. 13. und zu Ende des 15. Jahrhunderts umgebaut. Im Innern des Domes wertvolle Altertümer, Denkmäler (u. a. von Rudolf von Schwanau und verschiedenen Bischöfen), künstlerisch geschmücktes Schiff im Chor und Schiff, Giebel der Westwand mit dem Bause des Leinwandmuseums, kunstvolle Rangel und die große westliche Westwand. — In den Vorhallen des Domes sind sämtliche Wandmalereien. — In der Vorhalle alter Gemälde, Wandbilder und andere Schätze im Dom.

Kreuzgang und Kapitalkirche: Ueber dem Eingang zum Kreuzgang-Portal des alten Gymnasiums vom Jahre 1875 (das

alte Gymnasium befand sich bis Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts über dem Kreuzgang). Im Kreuzgang selbst zahlreiche Grabdenkmäler alter Domherren. Im Kapitalkirche alte Wappentafeln und die Schätze des Domkapitels, vor allem die in der Kapelle befindlichen alten Handschriften, Wigen, und Erbsprüche, nicht zu vergessen die weithin bekannten Merseburger Hauberpriegel (für Befreiung von Gefangenen und Heilung des verrenkten Fußes eines Pferdes).

Schloßgarten und Schloßgartenfalon: Schöne Anlage mit Aussicht nach der Saale, nördlich vom Schloß gelegen. Das Schloßhöfen im Garten ist erbaut in der Herzogzeit nach französischem Muster (etwa Ende des 17. Jahrhunderts). — Nördlich vom Schloßgarten:

Kloster, Leinwandmuseum und Angrenzendes Ausgrabungsgebiet: Hier sind reiche Funde aus vorgeschichtlicher Zeit (etwa 6000 Jahre zurück) bis auf unsere Zeit zusammengetragen, deren Besichtigung höchst interessant und lehrreich ist.



Merseburg: Landeshauptmannschaft Sachsen-Anhalt.

Ständehaus und Provinzialverwaltung, gegenüber dem Schloßgarten: Im Ständehaus Eingang interessante Schmiedearbeit (kampfbereite Säule), im Übungssaal berühmte Gemäldes von Professor Vogel (u. a. Gründung von Magdeburg, Herr Heinrich VIII am Rogelberg, Luthers Befehlenslog in Wittenberg). — (Im März 1927 war im Provinzialanbau der Provinz Sachsen beantragt, die Provinzialverwaltung nach einer Großstadt zu verlegen; der Landtag hat dies abgelehnt.)

Kreuzkirche, jenseits der Saale, alte romanische Kreuzkirche (etwa 1200 errichtet) mit zwei kunstvollen Portalen.

Altes Rathaus (Wappentrafen): 1444 mit sämtlichen Akten und Urkunden des Erzbischofs, 1478 wieder angekauft, 1918 erneuert. Alte Portale, Erker und Wappentafeln.

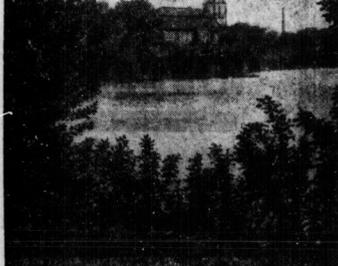
Stadtkirche: Nach dem Dom älteste Kirche der Stadt, mit schönem gotischen Turm, der an Stelle des 1868 abgebrannten romanischen Turmes in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts erbaut wurde.

Neues Rathaus: Erbaut 1824 als Gewandhaus, seit 1790 Rathaus; auf dem Markt vor demselben der Staupebrunnen, benannt nach der in früherer Zeit dort befindlichen Staupebrunne.

Gotthardsteich mit Fischhaus (errichtet 1691), jetzt Heim der Merseburger Jugend unter Vater Henrichs Leitung.

Kleine St. Sigmund: Materische Reste einer verfallenen gotischen Stadtkirche (in der Nähe des Gotthardsteiches); der 1846 abgebrannte Turm mit verbleibendem Giebel, das dabei vernichtete wurde, ist jetzt zum Wajerturm umgebaut.

Aus der Neuzeit stammt der wichtige Monumentalbau der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt, an der Weißen Pauer gelegen, 1914 vollendet.



Merseburg: Partei am Gotthardsteich.

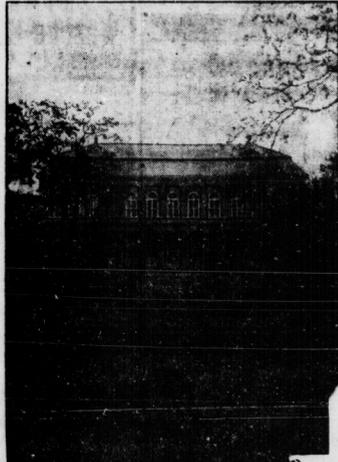
Die Gartenanlagen, die an Zahl und Gestalt sich sehen lassen können, laden in und um die Stadt zur Erholung ein.

Aus der näheren Umgebung von Merseburg seien noch erwähnt: Das Leunawerf, jenes gewaltige industrielle Unternehmen, das sich von Leuna bis nach Goetha erstreckt und augenblicklich etwa 20 000 Mann Beschäftigt hat. In diesem Werk wird neben Ammonium ein hochprozentiges Stickstoffdüngemittel fabriziert, das in verschiedenen Werten in der ganzen Welt bekannt ist. In den augenblicklich ausgeführten Neubauten, deren Umfang und Bauweise an amerikanische Verhältnisse erinnern, werden verschiedene neue Produktionsverfahren im großen durchgeführt. Das wichtigste derselben dürfte wohl das Kohlenstoffklausurverfahren sein, ein Problem, dessen Lösung nach jahrzehntelangen Versuchen gelungen ist. — Ostlich vom Leunawerf liegt die anerkannt meistfruchtbarste Kolonie Neu-Äffen, die vom Werk angelegt ist als Fortsetzung der Gemeinde Neffen. Daneben haben aber auch die Allgemeinen mit der Zeit eine Vergrößerung erfahren, die — wie beispielsweise im Ort Leuna — die ehemalige Gemeinde ganz in den Hintergrund treten läßt.

Das Geiselatal ist das Gebiet, auf dessen Bodenschätze die benachbarte Stickstoffindustrie aufgebaut ist. In einem Dünghügel neben der Sohle im Tagebau gefördert und entweder zu Pfeilstein verarbeitet oder der Industrie zugeführt. Der Abbau der Sohle macht selbst vor Ostfälischen seinen Galt und wird beispielsweise bei uralten Dörfern Runkel in absehbarer Zeit vom Erdboden verschwinden sein, weil unter ihm eine der mächtigsten Kohlenadern entlagert, deren größte Stärke etwa 90 Meter beträgt. — Auch der Bergbau hat im Laufe der Jahre den ursprünglichen rein ländlichen Gemeinden des Geiselates ein mehr oder minder starkes industrielles Gepräge gegeben; leider ist aber der Anteil der Erdbearbeiter an dem Ertrag ihrer Arbeit zu gering, daß man mit Ruh und Recht behaupten kann, daß der Bergarbeiter neben dem Landarbeiter für schwerere Arbeit den niedrigsten Lohn erhält. — Das einzige Städtchen im Geiselatal ist Ritzschau, eine uralte Siedlung mit schönem alten Rathaus. Ein beliebter und schöner Ausflugsort ist das Waldhaus; in dessen Nähe die 12 Apollitel (12 Quellen) und die Geiselquelle.

Dürrenberg, bekanntes Städtchen an der Bahnstrecke Goetha — Leipzig (von Merseburg mit der Elektrischen zu erreichen), altes Städtchen, dessen Stadtwerte und Siebentürme ausgehende Anlagen bilden. Dürrenberg ist eine Oase in unserem Besitz mit seiner hochentwickelten Industrie; es erfreut sich eines steigenden Ruhmes — In Dürrenbergs Mauern befindet sich seit zwei Jahren die Wirtschaftsschule des Deutschen Metallarbeiterverbandes — ehemalige Murbau, eine einigartige Einrichtung, deren Bauwesen im ganzen Bezirk fruchtbringend wirkt. — Bei Dürrenberg als beliebter Ausflugsort die Fischerei Weha, reizvoll an der Saale gelegen.

Leuchstädt, altes Städtchen, dessen Quelle sich seit mehr als 200 Jahren gegen allerlei Gebreden bewährt hat. — Im Juni dieses Jahres wird das 120jährige Bestehen des allbekannten Goetheaters besonders gefeiert. Es wurde im Juni 1802 mit dem Vorspiel „Was wir bringen“ von Goethe und der Oper „Titus“ von Mozart einweihet. Damit begann die glorreiche Laufbahn, das alle berühmten Köpfe ihrer Zeit zu seinen Gästen zählte (Goethe, Schiller u. a.). Nach Max Scheler Wagner hat in Leuchstädt in den drei Jahren des vorigen Jahrhunderts gewirkt. — Der alte Leuchstädtler Ristentempel wie auch die Parkanlage sind in den letzten Jahren einer durchgreifenden Auffrischung unterzogen.



Merseburg: Schloßgartenfalon (Schloß).

Zuletzt wäre noch der beiden Orte zu gedenken, die neben Merseburg beim Jubiläum des Unterbezirks eine große Rolle spielen: Querfurt, das alte Kreisstädtchen, anziehenden Luftkurort und dem benachbarten, besonders in Querfurt hat (Freiburg) oft und gern besucht. — Querfurt hat neben Merseburg der Arbeiterorganisation, wertvollen Maßnahmen für doch ist dieses rein ländliche Gebiet im arbeitenden Boden, weil hier der bewährte Industriearbeiter zum Vorschein kommt.

Schleuditz, hier wurde vor 60 Jahren die erste Anordnung zur Bildung des Unterbezirks Merseburg-Querfurt gegeben, die im Jahre darauf vollzogen wurde. Die Schleuditzer Genossen, die entweder in der ansehnlichen Industrie des Ortes selbst oder im nahen Leipzig ihren Erwerb finden, haben sich stets reiflich in den Diensten der Partei gestellt und bei der Durchorganisation des Bezirks eine Arbeit geleistet, die an anderer Stelle ihre besondere Würdigung findet. — Im Schleuditz und seine Umgebung ist zahlreichen Bädern bis oft und gern besuchte Stätten.

**Gardinen / Wäsche / Schürzen / Badartikel / Strümpfe
Herrenartikel, Handarbeiten, Stepp- und Tischdecken, Besätze**

Immer das Neueste zu günstigsten Preisen

G. Hoffmann Merseburg
Markt 19

Konsum- und Spargenossenschaft
für Merseburg und Umgegend e. O. m. b. B.

Mitglieder!

Deckt Euren Bedarf nur in den
Verteilungstellen Eures Vereins.
Besondere Beachtung verdienen
unsere im eigenen Betrieb herge-
stellten Badwaren und Fleischer-
erzeugnisse.

Karl Wittenbecher

Am Neumarktstor 1

Spezialgeschäft für

Herren-Hüte :: Mützen
Hosenträger :: Sockenhalter
Strümpfe :: Selbstbinder
Steter Eingang von Neuheiten!

Prima Fleisch- u. Wurstwaren

empfiehlt

Arthur Hoffmann

Roßschlächterei
Merseburg Brühl 6

Tel. 264

**Zigarren •
Zigaretten**
Kau-, Rauch- u. Schnupftabak
tauft nur bei
Hugo Thoma
Gölgrube 5

Achtung! Hausfrauen!

Empfehle:

Rindfleisch zum Kochen 1,10
Rindfleisch ohne Knochen 1,30
Schweinebauch 1,00
Samm und Koteletten 1,20
Kot-, Weber- und Schwarzen-
wurz, Zerk 1,00
sowie sämtliche Bad- u. Wurstwaren
in bekannter Güte.

Paul Nachsel, Fleischer
Merseburg, Gr. Ritterstr. 12.
Wartstand vor dem Rathaus und in
Neu-Köthen.

Otto Jäschke
Dekorationsmaler
Merseburg

Pappelallee 5 (Exerzierplatz)

Empfehle mich zur gefälligen Aus-
führung sämtlicher

**Maler-, Anstreich-
und
Tapezierarbeiten**

Möbel-Anstriche

werden in allen Holzarten und in
allen Farbtönen aus bestem Material
billigster Preisberechnung sauber
geführt.

Sporthemden
Bettwäsche
Herren-Artikel
Damenwäsche
Strumpfwaren

empfiehlt billigst

Wäsche-Käther

Merseburg, Schmale Str. 21-23

Schuhwaren
Stern & Cie.
gut und billig
Kl. Ritterstr. 7.

Wie beschaffe ich mir die Mittel

zur Erneuerung und Neuanschaffung von Kleidung
und Hausgerät
zu einer sicheren Existenz
zu einem eigenen Heim
zu einer Erholungsreise
zur Erziehung meiner Kinder
zur Aussteuer meiner Töchter
zu außergewöhnlichen Leistungen bei Krankheiten usw.?

Nur durch Sparen bei der mündelsicheren

Kreissparkasse Merseburg in Merseburg

Dürrenberg, Leuna und Papitz

Eine Ersparnis von wöchentlich Mk. 1,— bringt dir bei 5 Prozent
Zins und Zinseszins in 20 Jahren ein Kapital von Mk. 1753,—,
von Mk. 3,— wöchentlich ein solches von Mk. 5279,—.

Darum auf zur Kreissparkasse Merseburg!

**DIE NEUEN
RÄUME**

meines Hauses gewährleisten sorgfältigste
Bedienung u. bequemes Kaufen. Sämtliche
Abteilungen sind bedeutend vergrößert.
Meine Auswahl ist überaus reichhaltig!

Otto Wirtfi Merseburg,
Burgstrasse Nr. 9

Spezialhaus für Damenmoden

**Wir bitten unsere Leser ihre Einkäufe bei
den Inserenten des Volksblatts zu decken**



Anzüge

vom einfachsten Sport- und Strassen-
anzug bis zum elegantesten Gesell-
schaftsanzug (Massersatz)
in allen Preislagen.
Windjacken,
Breechesosen, Gummimäntel.

Schnelle Ansaftung.
bequeme Kattensaffung.

H. Taitza
Merseburg

Gothardstr. 37-39 — Neumarkt 18